

## Kapitel V - Von der Gründung der Hochschule für Maschinenbau bis zur III. Hochschulreform (1953-1968)

### *Die Gründung einer Spezialhochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt*

Der Fünfjahrplan für die Zeit von 1951-55 fixierte als eine der Hauptaufgaben die Steigerung der Industrieproduktion der DDR bis 1955 auf 190 % des Standes von 1950 und damit eine Verdoppelung der Vorkriegsproduktion. Von den 13 wichtigsten Industriezweigen stellte sich der Maschinenbau mit geplanten 221 % bis 1955 neben der Metallurgie als vordringlichster Zweig dar. Für die vorgesehene Aufbauleistung sah man die Steigerung der Zahl „leitender Kader“ als notwendig an. Allein für die Industrie wollte man in den nächsten fünf Jahren an den technischen Schulen 33.500 Ingenieure und Techniker ausbilden, führte jedoch nicht weiter aus, wie dies zu geschehen habe. Walter Ulbricht kündigte in seinem Referat zu dem Fünfjahrplan auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 die Verdoppelung der Studentenzahlen und die Eröffnung sieben neuer Hochschulen an. Die Standorte dieser geplanten Hochschulen nannte er jedoch nicht.<sup>1</sup>

Es ist zu vermuten, dass die Worte Ulbrichts ihre Wirkung auch im damaligen Chemnitz nicht verfehlten. So stellte der amtierende Direktor der aus der ehemaligen Akademie für Technik hervorgegangenen Technischen Lehranstalten Herbert Seidel einen Antrag bei dem für die Technischen Hochschulen zuständigen Minister für Industrie Fritz Selbmann, auf Gründung einer Hochschule für Maschinenbau für 3.000 Studenten in Chemnitz. Seidel hoffte, dies würde durch die Umwandlung der bestehenden Technischen Lehranstalten in eine „Hochschule für angewandte Technik“ geschehen..

Diese Stuserhöhung sollte nicht um des „Aufrückens“ willen geschehen, sondern sich aus der Tradition des Standorts Chemnitz und der Technischen Lehranstalten ergeben. Seidel führte weiter aus, dass die Wurzeln der technischen Ausbildung in Chemnitz bis zur Zeichenschule 1796 zurückreichen und die Akademie für Technik eine „einzigartige Sonderstellung zwischen den Technischen Hochschulen und Mittelschulen“ innehave. Außerdem seien die Technischen Lehranstalten hervorragend mit Raum und Material ausgestattet.<sup>2</sup> Als weiteren Vorteil

sah er die von der Stadt Chemnitz zur Verfügung gestellten reichlichen Erweiterungsflächen für den Bau der TH zwischen Müllerstraße und Hartmannstraße sowie zwischen Schlossteich und der Chemnitz. Komplettiert hatte Seidel seinen Antrag durch detaillierte Baubeschreibungen für die neu zu errichtenden Teile der vorgesehenen Hochschule. Architekt dieser Entwürfe war Theodor Oehme, Dozent für Baukonstruktion und Baukunde. Seine Planungen sahen unter anderem ein Audimax mit 2.500 Plätzen vor und einen fast 200 Meter langen, mehrstöckigen Wandelgang, der die Institutsgebäude miteinander verbinden sollte.<sup>3</sup> Realisiert wurden Oehmes Pläne nicht, da der Antrag Seidels, die Technischen Lehranstalten zu einer Hochschule aufzuwerten, beim Industrieminister keine Resonanz fand.

Gleichwohl wurde die Vorgabe des Fünfjahrplans, die massive Erhöhung der Studentenzahlen, weiterverfolgt. Die Gesamtzahl der Immatrikulationen an den Universitäten und Hochschulen der DDR stieg von 9.555 (1951) auf 15.520 (1952).<sup>4</sup> Am 4. September 1952 beschloss der Ministerrat eine Erhöhung der gesamten Neuzulassungen für das Studienjahr 1952/53 auf 14.490 Studierende, davon allein 7.900 in technisch-naturwissenschaftlichen Fachrichtungen. Um diese gewaltige Steigerung der Studentenzahlen bewältigen zu können, plante man neben dem Ausbau vorhandener Hochschulen (z.B. der TU Dresden) auch die Einrichtung neuer (Spezial-)Hochschulen: „Das Staatssekretariat für Hochschulwesen wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission und den fachlich zuständigen Ministerien und Staatssekretariaten [...] einen Perspektivplan für die weitere Entwicklung des Hochschulwesens auszuarbeiten und den Entwurf bis zum 1.1.1953 dem Ministerrat vorzulegen. Der Perspektivplan soll insbesondere die Erweiterung der bestehenden und die Schaffung neuer Hochschulen [...] vorsehen.“<sup>5</sup>

Das Staatssekretariat für Hochschulwesen, das 1951 im Zuge der II. Hochschulreform gegründet worden war, stellte in Umsetzung des Ministerratsbeschlusses in einem Arbeitsplan für das Jahr 1953 fest, dass es sich bei den Neugründungen von Hochschulen nach sowjetischem Vorbild um Spezialhochschulen handeln

solle. Dies befand sich in Übereinstimmung mit dem Fünfjahrplan, der ja bekanntlich speziell ausgebildete Kader für die Industrie forderte. Die Einrichtung dieser neu zu gründenden Spezialhochschulen sollte nach einem umfassenden Perspektivplan bis zum 1. März 1953 mit exakten Bedarfszahlen und einer Analyse der vorhandenen Kapazitäten in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Plankommission erfolgen.<sup>6</sup> Der Bedarfsplan der Staatlichen Plankommission lag pünktlich zum 27. Februar 1953 vor. Er sah eine Steigerung der Bruttonproduktion um 125 % bis 1960 vor. Aus dieser Zielvorgabe ermittelte man, dass der Bestand an wissenschaftlich-technischen Kadern im gleichen Zeitraum um 250 % steigen müsse, wobei der Anteil der Hochschulkader gegenüber den Fachschulkadern zu erhöhen sei. Ausgedrückt im angestrebten Verhältnis von Hochschulkadern gegenüber der Gesamtzahl der Produktionsarbeiter nach Produktionsrichtungen strebte man bis 1960 im Maschinenbau eine Verdoppelung der Hochschulkader und in der Elektrotechnik sogar eine Vervierfachung an.<sup>7</sup>

Am 23. April 1953 gab das ZK der SED an die Minister und Staatssekretäre, denen die künftigen Spezialhochschulen unterstehen sollten, die Anweisung, binnen 14 Tagen Pläne über Ort, Finanzen und Leiter für die neuzugründenden Spezialhochschulen vorzulegen.<sup>8</sup>

Das Politbüro der SED beschloss in einer Sitzung am 23. Juli 1953, dass die neuen Spezialhochschulen – neben acht anderen auch eine Hochschule für Schwermaschinenbau in Magdeburg, eine für Elektrotechnik in Ilmenau und eben eine Hochschule für Maschinenbau, Textil- und Papiertechnologie in Karl-Marx-Stadt – durch die jeweils zuständigen Minister und Staatssekretäre bis zum 1. September 1953 zu eröffnen seien. Dem Politbürobeschluss beigefügt war ein Anhang mit genauen Bestimmungen hinsichtlich der räumlichen Einordnung, der Kapazitätsentwicklung bis 1960 und der zum 1. September 1953 zu immatrikulierenden Studenten.<sup>9</sup>

Die Abteilung Hoch- und Fachschulen des mit der Planung für die neue Hochschule in Karl-Marx-Stadt beauftragten Ministeriums für Schwermaschinenbau entwarf am 30. Juli 1953 einen ersten Arbeitsplan zur Realisierung des oben erwähnten Politbürobeschlusses. Es wurde festgelegt, eine Operativgruppe für

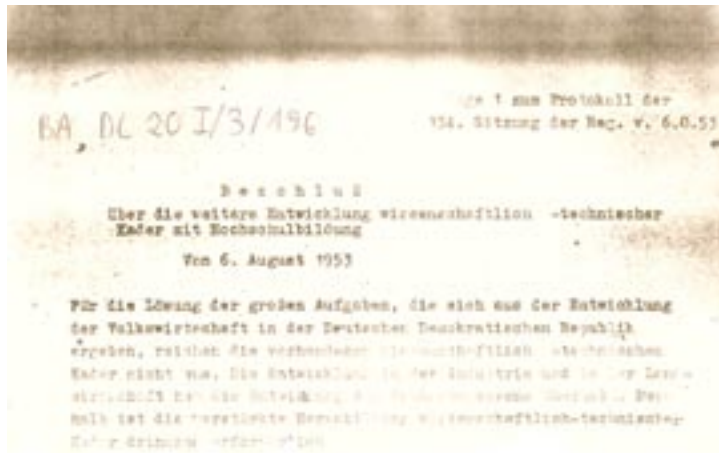
Kaderfragen beim Minister bis zum 5. August 1953 zu bilden, der unter anderem bereits die provisorischen Leiter der neu zu bildenden Hochschulen in Karl-Marx-Stadt und Magdeburg angehören sollten. Die Gruppe erhielt die Aufgabe, vorläufige Struktur- und Stellenpläne bis zum 15. August 1953 zu entwickeln. Bereits festgelegt waren die Einschreibtermine der Studenten an den neuen Spezialhochschulen auf die Zeit zwischen dem 1. September und dem 1. Oktober 1953. Nach der Immatrikulation sollten die Studenten sofort bis zum 6. Februar 1954 in ein Vorpraktikum in die jeweiligen Schwerpunktbetriebe, in Karl-Marx-Stadt in Betriebe des Schwermaschinenbaus, der Textil- und Papierindustrie, entsandt werden. Der Vorlesungsbeginn war für den 8. Februar 1954 vorgesehen. Des weiteren empfahl die Abteilung Hoch- und Fachschulen der Hochschule in Karl-Marx-Stadt die Ausbildung für folgende Spezialisierungsrichtungen: Werkzeugmaschinen und Verfahrenstechnik, Technologie des Maschinenbaus, papierverarbeitende und polygraphische Maschinen, Textilmaschinen und Werkstofftechnik.<sup>10</sup>

Der sich über drei Jahre hinziehende Prozess bis zur Gründung der neuen Spezialhochschule in Karl-Marx-Stadt steht beispielhaft für die Verquickung von Partei und Staat in der DDR. Die große Linie und die Zielstellung gab der höchste Repräsentant der Partei Ulbricht auf einem Parteitag vor. Diese Willenserklärung wurde dann im Ministerrat auf die zuständigen staatlichen Organe übertragen, die für die Umsetzung dieses Projekts zuständig waren, nämlich die Festlegung des Status als Spezialhochschulen und die Planung des kommenden Bedarfs an Hochschulkadern. Hier schaltete sich mit dem ZK und dem Politbüro wieder die Partei ein und konkretisierte die Vorgaben. Exemplarisch für eine mögliche Interessenkollision zwischen den „Vordenkern“ der Partei und den umsetzenden staatlichen Organen war der Streit um den Eröffnungstermin der neuen Hochschulen. Die Vorgaben der Partei waren schlicht nicht zu erfüllen. Da aber offiziell alles eins zu eins umgesetzt werden musste, was die Partei verkündet hatte, schloss man den Kompromiss des Vorpraktikums, um wenigstens vordergründig das Gesicht zu wahren. Der offizielle Beschluss, eng orientiert an den Vorgaben der Partei, erfolgte jedoch durch die staatliche Seite, da es sich bei den Neugründungen um staatliche

Hochschulen und nicht um Parteihochschulen handelte. Am Ende der nachgezeichneten Entscheidungskette stand also der offizielle Beschluss des Ministerrats „über die weitere Entwicklung wissenschaftlich-technischer Kader mit Hochschulbildung“ vom 6. August 1953, der in der Literatur allgemein als offizielles Gründungsdokument der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt ausgewiesen ist.<sup>11</sup>

für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt keine offizielle Gründungsurkunde gefunden werden.

An der neuen Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt war für das erste Semester die Zulassung von 400 Studierenden vorgesehen (zum Vergleich: Magdeburg 900, Ilmenau 200 Studienanfänger). Bis 1960 sollten in Karl-Marx-Stadt 3.250 Hochschulstudenten eingeschrieben sein (Magdeburg: 7.500; Ilmenau 3.000).



Scan und Montage: UAC, BA DC 201/3/196



Beschluss des Ministerrates zur Gründung von Spezialhochschulen vom 6.8.1953

Beigefügt war diesem Beschluss ein Anhang, der dem des Politbürobeschlusses vom 23. Juli 1953 ähnelte. Analog den Hochschulen in Magdeburg und Ilmenau sollte die neue Hochschule in Karl-Marx-Stadt zum 1. September 1953 in den Räumen einer bestehenden Fachschule, nämlich der Fachschule für Schwermaschinenbau und Elektrotechnik Karl-Marx-Stadt, gegründet werden. Ebenso wie für die Hochschule in Magdeburg<sup>12</sup> konnte auch für die Hochschule

Die Zuständigkeit für den Aufbau der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau lag beim Minister für Allgemeinen Maschinenbau Wunderlich, für die beiden Hochschulen für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt und Magdeburg beim Minister für Schwermaschinenbau Gerhart Ziller. Wie aus der bereits skizzierten Entscheidungskette zur Gründung der neuen Hochschulen ersichtlich, waren an den Entscheidungen auf staatlicher Seite sowohl das Staatssekretariat für Hochschulwesen als auch das jeweils zuständige Fachministerium gleichermaßen beteiligt. Thematisiert wurde dies auf einer Sitzung des Kollegiums im Staatssekretariat am 12. August 1953: Die neuen Spezialhochschulen stellten etwas „qualitativ Neues“ dar. Sie waren zwar von den zuständigen Ministern selbst einzurichten, unterstanden jedoch gleichzeitig auch gemäß den allgemeinen Hochschulbestimmungen

dem Staatssekretariat, das sich ein Weisungsrecht vorbehält. Dieser Mechanismus der „doppelten Unterstellung“ sollte durch Vertragsvereinbarungen geregelt werden. Beispielsweise wurden die Leiter der Hochschulen durch die jeweils zuständigen Minister benannt und durch das Staatssekretariat bestätigt.<sup>13</sup> Dies hätte gemäß dem schon erwähnten Arbeitsplan des Ministeriums für Schwermaschinenbau vom 30. Juli 1953 schon bis zum 5. August 1953 erfolgt

sein müssen. Es findet sich allerdings erst eine erste Bemerkung zum Thema Hochschulleiter in Karl-Marx-Stadt am 20. August 1953 in einer Hausmitteilung des Staatssekretariats für Hochschulwesen. Darin teilte der Staatssekretär seiner Personalabteilung mit, dass das Ministerium für Schwermaschinenbau als kommissarischen Leiter für die Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt einen Mann aus der Wirtschaft, August Schläfer, nominiert hätte. Im Sinne



Foto: UAC 502/568

**Prof. August Schläfer (Rektor der Hochschule für Maschinenbau 1953-1959), 1961**

der Doppelunterstellung war noch eine Bestätigung durch das Staatssekretariat erforderlich, die am 11. September 1953 erfolgte.<sup>14</sup> Auch an der Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg erfolgte die Nominierung eines kommissarischen Leiters im August und auch hier wurde mit dem Maschinenbauer Dr. Heinz Schrader ein „Mann vom Fach“ beauftragt. Offiziell eingesetzt wurde er schon am 1. September 1953.<sup>15</sup>

In seiner Funktion als kommissarischer Leiter der neuen Hochschule entwickelte Schläfer in einer Besprechung mit Partnern aus der Industrie am 6. Oktober 1953 Vorstellungen betreffend die Fakultätsstruktur und Richtlinien für die Grundstudienpläne. Er schlug den Aufbau von vier Fakultäten an der Hochschule vor: eine Grundlagenfakultät für das erste bis sechste Semester nach dem Vorbild Dresdens und je eine Fakultät für Verformungs-, für Faser- und für Papiertechnik. Der Lehrplan der Grundstufe sollte nach seinen Vorstellungen die Vermittlung von Grundwissen in Betriebsökonomie, allgemeiner Technologie der Fertigung, Gieß- und Formtechnik,

in Werkstoffkunde, mechanischen und hydraulischen Antrieben, Elektrotechnik, Chemie der Textilindustrie, Gesellschaftswissenschaften sowie von Sprachen (Russisch, Englisch) umfassen. Vorbereitend für die Institute der Fakultäten wollte er Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Vertretern der Industrie bilden.<sup>16</sup> Eine erste Aufstellung der Institute findet sich im November 1953. Geplant waren Institute für Gesellschaftswissenschaften, Sprachunterricht, Körpererziehung, Mathematik, Technische Mechanik, Physik, Chemie, Werkstoffkunde, Betriebswissenschaft, Mechanische Technologie, Maschinenkunde, Grundlagen der Elektrotechnik, Maschinenelemente, Messtechnik, Angewandte Strömungslehre, Industrieökonomie, Konstruktionswissenschaften, Faser-, Verformungs-, Papiertechnik, Werkzeug-, Textil-, Papierverarbeitungsmaschinen und für Dokumentation.<sup>17</sup>

Ein Charakteristikum der neugegründeten Spezialhochschulen war der Platzbedarf, der durch die vorhandenen Räume nicht gedeckt werden konnte, so dass sich die Hochschulen frühzeitig mit der Suche nach Bauplätzen für Neubauten beschäftigten. Dies hing mit einem „Geburtsfehler“ zusammen, der besonders die Hochschulen in Karl-Marx-Stadt und Magdeburg betraf, denn sie entstanden nach dem Ministerratsbeschluss vom 6. August 1953 in den Räumen bestehender Fachschulen.<sup>18</sup> So veröffentlichte die Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg am 16. Dezember 1953 in der Magdeburger Volksstimme Planungen zur Wahl des künftigen Hochschulgeländes und Bebauungspläne.<sup>19</sup> Auch in Karl-Marx-Stadt wusste man von Anfang an, dass die vorgesehenen Räume der Fachschule an der Straße der Nationen auf längere Sicht nicht ausreichen würden. Der bei Gründung der Hochschule für Maschinenbau bestehende Zustand von zwei Bildungseinrichtungen in einem Gebäude ging als Übergangsstadium nur gut, weil die Hochschulstudenten nach der Immatrikulation im September 1953 bis Anfang Februar 1954 ins Vorpraktikum gingen. Somit existierte die Hochschule für Maschinenbau seit dem 6. August 1953 zwar offiziell, brauchte jedoch faktisch noch keinen Platz bis Vorlesungsbeginn. Die improvisierte Gründung der Hochschule zeigte sich auch am Ablauf der Immatrikulation und der Organisation des Vorpraktikums. So gab es im September 1953 keine offizielle Immatrikulationsfeier, wie sie später

Usus wurde, sondern nur die Eintragung in eine Liste, der die Aushändigung der Studentenausweise folgte. Danach traten die Studenten sofort ihr Vorpraktikum an, von dem allerdings alle die ausgenommen waren, die bereits einen Facharbeiterabschluss in einem Metallberuf besaßen. Anfangs lag die Betreuung des Vorpraktikums ganz in den Händen der Betriebe, da die Hochschule noch zu wenig Personal hatte, um die Studenten zu betreuen. Im Februar 1954 wurden zehn Studenten, die bereits einen Facharbeiterabschluss besaßen und nicht im Vorpraktikum waren, an die Hochschule für Maschinenbau eingeladen. Diese wurden DDR-weit in Maschinenbaubetriebe geschickt, um die dort tätigen Vorpraktikanten zu besuchen und um in den Betrieben Plätze für das obligatorische sechswöchige Sommerpraktikum für das kommende Studienjahr zu organisieren. Diese zehn Studenten erhielten für den Monat Februar ein Stipendium und wurden in der letzten Februarwoche von Schläfer als „Seminargruppensekretäre“ eingesetzt.<sup>20</sup>

Das Vorpraktikum bedeutete jedoch nur einen Aufschub. Des Weiteren war klar, dass die neue Hochschule, selbst wenn sie das Gebäude nicht mehr mit der Fachschule teilen müsste, dringend neue Räumlichkeiten brauchte, wollte sie die im Ministerratsbeschluss vorgegebene Zahl von über 3.000 Studenten bis 1960 erreichen. In der oben erwähnten Besprechung mit Partnern aus der Industrie im Oktober 1953 äußerte der kommissarische Leiter der Hochschule Schläfer die Hoffnung, den Aufbau der Einrichtung bis 1956 vollendet zu haben.<sup>21</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte es bereits erste Sondierungen zwischen Hochschule und zuständigen Stellen hinsichtlich einer baulichen Erweiterung gegeben. In einer Besprechung mit der Abteilung Aufbau des Rates des Bezirks Karl-Marx-Stadt war festgestellt worden, dass die endgültige Klärung möglicher Bauplätze erst dann erfolgen könne, wenn ein bestätigtes Raumprogramm vorliege. Da der Rat des Bezirks unter anderem für die Bereitstellung von Material- und Baukapazitäten zuständig war, hatte Schläfer hier nicht von vier, sondern von nicht weniger als sechs aufzubauenden Fakultäten gesprochen: für technische Grundwissenschaften, für Werkzeugmaschinen, für Textilmaschinen, für Papiertechnik, für Technologie sowie für Werkstofftechnik und Materialprüfung. Die im Ministerratsbeschluss vom 6. August 1953

bis 1960 vorgesehenen 3.250 Studenten sollten alle in noch zu schaffenden Internaten untergebracht werden; wobei in diesem Stadium der Verhandlungen die Gesprächspartner sich darüber verständigten, dass ab 1. März 1954 (dem beabsichtigten Vorlesungsbeginn) die Räume der Lehranstalten an der Straße der Nationen für die nächsten zweieinhalb Jahre ausreichen würden. Für die vorgesehene Erweiterung wünschte Schläfer die Errichtung einer „Hochschulstadt in bester bioklimatischer Lage mit Verkehrsanschlüssen zum Stadtzentrum“<sup>22</sup>, die bis zu fünf Kilometer vom Zentrum entfernt sein könnte.

Für die kommenden Verhandlungen über das Raumprogramm mit dem Rat der Stadt und dem Rat des Bezirks Karl-Marx-Stadt hatte das Ministerium für Schwermaschinenbau diese mit entsprechenden Schreiben vom 9. September bzw. 25. September<sup>23</sup> 1953 angewiesen, Schläfer „bei der Durchführung der so ungeheuer wichtigen Aufgabe jede mögliche Hilfe zu gewähren“. Als erstes kündigte Schläfer Verhandlungen mit der Abteilung Aufbau des Rates der Stadt an. Auf diese Abteilung ging die „Entdeckung“ des künftigen Hochschulgeländes zurück. Im Februar 1954 teilte sie dem Ministerium für Maschinenbau mit, dass das geeignete Hochschulgelände gefunden sei; in seiner Sitzung am 11. Februar 1954 habe der Rat der Stadt der Einordnung des Geländes zwischen Reichenhainer Straße und Reichsbahn in den Flächennutzungsplan für die Erweiterung der Hochschule zugestimmt.<sup>24</sup>

Trotz noch ausstehender Standortgenehmigungen liefen erste Bauplanungen für das Gelände an der Reichenhainer Straße durch das Entwurfsbüro für Industriebau Karl-Marx-Stadt an. Ein Entwurf des ehemaligen Akademieprofessors für Architektur und Hochbau Kurt Hermann Wittlinger vom 22. November 1954 sah im Zentrum eines Campus einen zwölfgeschossigen Turm mit Sitz des Rektors und der Bibliothek vor, davor ein eindrucksvoller Platz, begrenzt westlich von der Reichenhainer Straße durch einen Baukörper mit zwei Querflügeln für die Grundwissenschaften und östlich durch die Mensa. Nach Westen hinter dem mächtigen Flügelbau gelegen plante er ein Stadion mit Tribüne und dahinter drei Institutsgebäude mit jeweils rechtwinklig an die Gebäudemitte angesetzten Werkhallen. Östlich der Reichenhainer Straße, hinter und neben der Mensa, waren die Internate angedacht.<sup>25</sup>

Die großzügigen Planungen Wittlingers stützten sich auf die für 1960 vom o. g. Ministerratsbeschluss vorgegebene Zahl von 3.250 Studenten. Genährt wurde dieser Optimismus durch den Anstieg der Studentenzahl an der Hochschule für Maschinenbau von 290 (1953) auf 510 (1954). So schrieb auch die Staatliche Plankommission an das Ministerium für Maschinenbau im August 1954, dass sie „keine Einwände gegen den Neubau einer Hochschule für Maschinenbau für 3.000 Studenten“ habe.<sup>26</sup> Diese optimistische Planung wurde indes vom damaligen Aufbauleiter Siegfried Hempel nicht geteilt, der für 1960 nur mit 2.400 Studenten rechnete.<sup>27</sup> Dass er mit seiner Skepsis nicht ganz falsch lag, zeigt der geringere Anstieg der Studentenzahl im Jahre 1955, die nun bei 685 Studenten lag. Das Ministerium für Schwermaschinenbau ging in seinem Arbeitskräfteplan für die Hochschule für Maschinenbau vom September 1955 sogar nur noch von einer Endkapazität von 1.200 Studenten bis ins Jahr 1958 aus.<sup>28</sup> Somit konnten die Planungen Wittlingers nicht in der vorgesehenen Form realisiert werden und neue Planungen waren nötig. Am 30. Juni 1955 erarbeitete Schläfer mit Heinz Burkhardt, der, schon im Jahre 1953 an die Hochschule für Maschinenbau gekommen, nach dem Weggang des

damaligen Aufbauleiters Hempel nach Kairo dessen Funktionen faktisch übernommen hatte, jedoch erst im Jahre 1955 offiziell in dieser Position bestätigt worden war<sup>29</sup>, eine Konzeption, die in Umrissen die heutige Gestalt der Universität festlegte. Demnach sollte die Hochschule sich in zwei Komplexe aufteilen, einen für die Unterstufe, die Verwaltung und das Rektorat, die im ehemaligen Gebäude der Akademie an der Straße der Nationen verbleiben sollten und einen neu zu errichtenden Komplex für die Oberstufe mit Hallengebäuden, Internaten, einer Mensa und Sportanlagen.<sup>30</sup>

Bevor man zu dieser Lösung der Standortfrage gelangte, hatte es jedoch auch andere Überlegungen gegeben. So war sich der Vorgänger Burkhardt in einem Bericht an das Ministerium für Maschinenbau vom Oktober 1954 nicht sicher, ob die vorgesehenen Internate nicht auch auf dem Kaßberg errichtet werden könnten und schlug einen Verbleib der Hochschule an der Straße der Nationen mit Ausbau der vorhandenen Gebäude für die Oberstufe vor, falls die Endkapazität der Hochschule 1.500 Studenten nicht übersteige.<sup>31</sup> Wittlinger wiederum ging in seinen Planungen vom November 1954 von einem vollständigen Umzug der Hochschule in die Reichenhainer Straße aus.

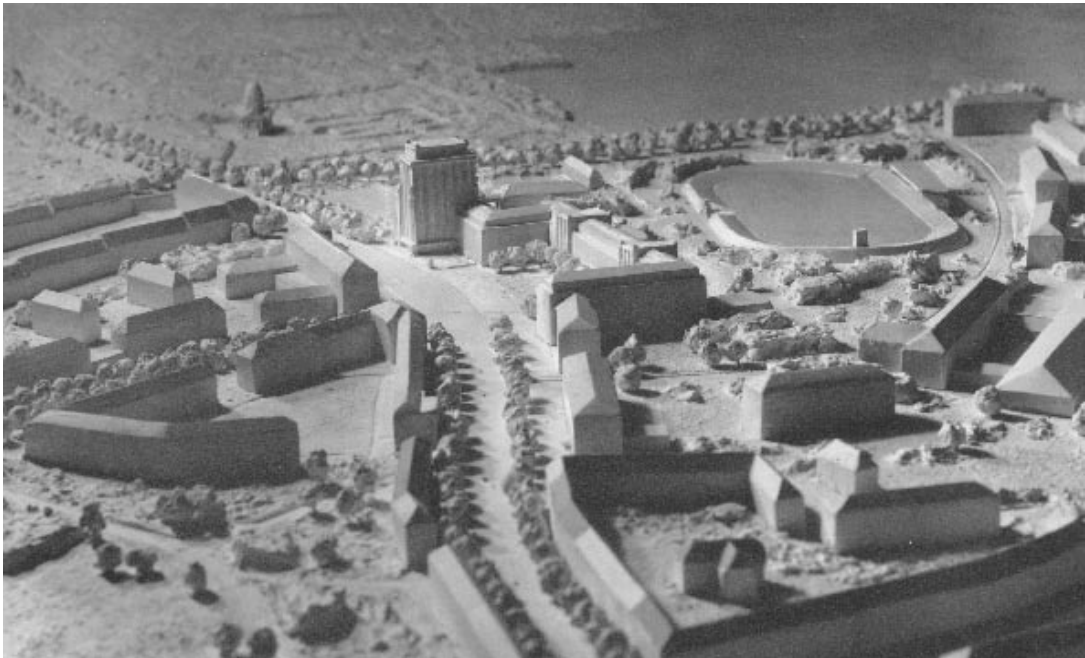


Foto: UAC 201/38/27, Bl. 11

Modell zur Erweiterung der Hochschule für Maschinenbau, Planung Prof. Wittlinger, 1954

Die Entscheidung in der Standortfrage fiel am 4. Mai 1955 in einer Besprechung der Aufbauabteilungen des Rates der Stadt und der Hochschule für Maschinenbau. Man stellte fest, dass ein Verbleib der Hochschule im Zentrum zu starker Zersplitterung ihrer Einrichtungen führen würde. Auf dem möglichen Ausbaugelände Straße der Nationen - Kurt Fischer Straße - Philipp Müller Straße - Bahnhofstraße hätte man auf Grund der Platzverhältnisse nur die Lehrgebäude errichten können, die Internate und die Mensa entweder in der Nähe des Stadtbades oder in der Mühlenstraße. Für den vorgesehenen Sportplatz mit Turnhalle hatte man noch gar keine räumlichen Vorstellungen. Neben dem Hauptgebäude an der Straße der Nationen hätte sich die Hochschule also auf mindestens drei weitere Komplexe aufgeteilt, ohne über Erweiterungsgelände für spätere Lehrreinrichtungen (Versuchswerkstätten, Laboratorien, neue Institutsgebäude) zu verfügen. Aus diesen Gründen entschied man sich für eine Bebauung des Geländes an der Reichenhainer Straße, dessen Einordnung in den Flächennutzungsplan als Erweiterungsgelände der Hochschule für Maschinenbau der Rat der Stadt ja bereits bestätigt hatte. Die Gebäude an der Straße der Nationen sollten jedoch vorläufig weiter genutzt werden. Vorteil dieser Entscheidung war die Verteilung der einzelnen Hochschulstandorte auf nur zwei statt vier Komplexe und die mögliche Erweiterung oder eine spätere Zusammenführung beider Hochschulkomplexe.<sup>32</sup> Diese Entscheidung stellte also eine Art Kompromiss dar zwischen einem Verbleib im Zentrum, wie es Hempel erwogen, und einem sofortigen vollständigen Umzug, wie es Wittlinger vorgesehen hatte. Mit der konkreten Planung für die Bebauung des Erweiterungsgeländes konnte jedoch bis Ende des Jahres 1955 noch nicht begonnen werden, denn erst im November 1955 hatte mit dem Ministerrat die letzte und höchste der drei zustimmungspflichtigen Instanzen neben dem Rat der Stadt und dem Rat des Bezirkes ihre Zustimmung gegeben.<sup>33</sup> Nicht weniger essentiell als die Lösung der Raumfrage war für die Hochschule seit ihrer Gründung die möglichst schnelle Gewinnung von qualifiziertem Personal, denn es sollte nicht nur ein möglichst früher Vorlesungsbeginn gewährleistet werden, sondern die neue Hochschule stand auch vor der Aufgabe, möglichst schnell einen guten Ruf zu erlangen. Zu der

kleinen Gruppe, die laut Schläfer am 8. Oktober 1953 ihre Arbeit aufnahm, gehörten nur zwei Mitarbeiter und eine Sekretärin. Im Laufe des Jahres 1954 kamen an Lehrkräften unter anderem von den Fachschulen in Karl-Marx-Stadt für Mathematik Erich Göllnitz (Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik, Straße der Nationen)<sup>34</sup>, für Technische Mechanik Dr. Ernst Waller (ebenfalls Fachschule für Maschinenbau, Straße der Nationen)<sup>35</sup>, für Industrieökonomik und Deutsch Dr. Friedrich Klitzsch (Fachschule für Schwermaschinenbau, Annaberger Straße)<sup>36</sup> und von der TH Dresden der Konstrukteur Dr. Edgar Pietsch (Maschinenkunde)<sup>37</sup>. Aus der Wirtschaft wurden der Technologe Dr. Willy Nebel (Mechanische Technologie)<sup>38</sup>, der Chemiker Prof. Dr. Paul Bernhard Rother (Chemie)<sup>39</sup> und Johannes Kretschmar (Kinematik und Getriebelehre)<sup>40</sup> berufen.<sup>41</sup> Ein Jahr später kamen von der TH Dresden Dr. Eugen-Georg Woschni (Grundlagen der praktischen Elektrotechnik)<sup>42</sup> und von der Fachschule für Schwermaschinenbau (Annaberger Straße) Herbert Neumann (Konstruktion und Technologie der Textilmaschinen/Technologie der Faserstoffe)<sup>43</sup>. Insgesamt wies der Stellenplan für 1954 für die Hochschule für Maschinenbau 25 Lehrkräfte aus, davon acht Professoren, drei Dozenten, zwei Lektoren, vier Oberassistenten, fünf Assistenten, ein Sportlehrer und ein Dolmetscher.<sup>44</sup> An der Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg gab es zu diesem Zeitpunkt 27 Lehrkräfte.<sup>45</sup>

Ende 1954 waren an der jungen Hochschule in Karl-Marx-Stadt folgende 13 Institute in Gründung oder bereits vorhanden: Institut für Gesellschaftswissenschaften, für Mathematik, für Physik, für Technische Mechanik, für Kinematik und Getriebelehre, für Mechanische Technologie, für Werkstofftechnik, für Allgemeine Maschinenkunde, für Industrieökonomie, für Elektrotechnik, für Maschinenelemente, für Angewandte Thermodynamik (Maschinenlabor), für Technische Wärmelehre sowie für Betriebswissenschaften und Standardisierung.<sup>46</sup> An der parallel gegründeten Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg bestanden in diesem Jahr nur acht Institute.<sup>47</sup>

Hinsichtlich der Berufungen war Schläfer in den Anfangsjahren relativ frei; eine verbindliche Regelung erließ das Staatssekretariat erst im September 1956, wobei unterhalb der Ebene der Professoren weiterhin

kein besonderes Berufungsverfahren festgelegt wurde. Vor dieser Regelung erfolgte die Rekrutierung von Personal entweder auf Betreiben Schläfers oder durch Hinweise aus dem Ministerium für Maschinenbau. Festgelegt war lediglich die Ernennung durch das Staatssekretariat für Hochschulwesen.<sup>48</sup> Zu den eher ungewöhnlichen Berufungsverfahren gehörte ein Schreiben Schläfers vom Dezember 1953 an einen nicht weiter identifizierbaren „Genossen Kluge“ in Karl-Marx-Stadt, in welchem er ihm „wie bereits mit der Bezirksleitung [der SED, d.V.] Karl-Marx-Stadt und mit dem Ministerium für Maschinenbau besprochen“ das Prorektorat für Studentenangelegenheiten antrug. Da das ZK der SED „auf Anfrage der Bezirksleitung“ bereits zugestimmt habe, bitte er nur um „Einreichung einer kurzen formlosen Bewerbung“ für die zwischen ZK und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen noch zu führenden Verhandlungen.<sup>49</sup> Häufig sind Vorgänge dieser Art in den Akten nicht belegt; im vorliegenden Fall sind sich die Genossen offensichtlich nicht einig geworden, denn im Personalbestand der Hochschule findet sich dieser „Genosse Kluge“ nicht. Der Posten des Prorektors für Studentenangelegenheiten wurde mit Klitzsch besetzt. Ab Oktober 1956 galt für die Berufung von Professoren das klassische Listenverfahren, indem die Fakultäten oder der Rektor bis zu drei Kandidaten vorschlugen. Bei Bildung neuer Fakultäten, Fachrichtungen oder Professuren wählte das Staatssekretariat die Kandidaten selbst aus.<sup>50</sup>

Die Hochschule für Maschinenbau hatte in dieser Phase jedoch nicht nur Raum- und Personalprobleme zu lösen, sondern die Ausbildung der frühen Matrikel war auch durch Materialengpässe behindert. So fanden in den ersten Jahren mangels Personal und Ausrüstung so gut wie keine Laborübungen statt, die beispielsweise für die Chemie außerordentlich wichtig waren. Im Fach Polygraphie behelf man sich vorerst mit russischen Lehrbüchern.<sup>51</sup> Der Mangel an Lehrbüchern resultierte nicht zuletzt aus der Abschottung der DDR gegenüber Importen aus dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet (NSW)“, besonders gegenüber Westdeutschland. Das Lehrpersonal sah sich dadurch gezwungen, in möglichst kurzer Zeit eigene Lehrbücher zu verfassen, was dann zum Teil auch auf Kosten der Aufgaben in Forschung und Lehre ging.<sup>52</sup>

### **Das Hochschulstatut von 1955**

In Umsetzung des Beschlusses des Ministerrates zur Gründung von Spezialhochschulen vom 6. August 1953 definierte das Ministerium für Schwermaschinenbau die Aufgaben der kommissarischen Leiter der neuen Hochschulen für den Maschinenbau nicht nur hinsichtlich des äußeren Aufbaus ihrer Einrichtungen, sondern auch der Festlegung einer inneren Struktur durch ein Statut, wobei eine Frist bis zum 31. Oktober 1953 gesetzt wurde.<sup>53</sup> Gleichwohl dauerte die Erarbeitung des Statuts in Karl-Marx-Stadt wie auch an der parallel gegründeten Einrichtung in Ilmenau zwei Jahre. Es trat nach Bestätigung durch das Staatssekretariat am 1. September 1955 in Kraft. Die Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg hatte sich schon im Dezember 1954 ein Statut gegeben.<sup>54</sup>

An der Spitze der Hochschule stand nach diesem Statut der Rektor. Er war nach dem Prinzip der Doppelunterstellung gleichermaßen dem Ministerium für Schwermaschinenbau und dem Staatssekretariat für Hochschulwesen bei der Führung der Hochschule verantwortlich. Ihm unterstellt waren für verschiedene Kompetenzbereiche die Prorektoren sowie der Direktor für die Verwaltung der Hochschule. Gewählt wurde der Rektor auf zwei Jahre vom Senat der Hochschule auf Vorschlag des Ministeriums für Schwermaschinenbau und vorbehaltlich der Bestätigung durch das Staatssekretariat. Aufgabe des Senats war neben der Wahl des Rektors dessen Beratung bei der Amtsführung. Mitglieder des Akademischen Senats waren neben den bereits erwähnten Prorektoren, dem Verwaltungsdirektor und dem Rektor die Dekane der Fakultäten, drei vom Rektor ernannte und vom Ministerium für Schwermaschinenbau bestätigte Angehörige des Lehrkörpers sowie der Bibliotheksdirektor und Vertreter von Gewerkschaft (FDGB) und, mit beratender Stimme, von FDJ-Hochschulgruppe. Laut Statut umfasste die Hochschule zwei Fakultäten (für Mathematik/Naturwissenschaften, für Maschinenbau) und es war festgelegt, dass eine Änderung des Fakultätenbestandes nur durch den Minister für Schwermaschinenbau nach Zustimmung des Staatssekretariats für Hochschulwesen erfolgen könne. Die Fakultäten wiesen eine analoge Struktur auf; es gab einen Rat der Fakultät, der den Dekan nach Vorschlag



des Ministeriums für Schwermaschinenbau vorbehaltlich der Bestätigung durch das Staatssekretariat wählte. Mitglieder des Rates der Fakultät waren neben dem Dekan die ihm verantwortlichen Prodekane sowie die Fachrichtungsleiter und Institutsdirektoren. Zu den Aufgaben des Fakultätsrates gehörten unter anderem die Kontrolle der Berufspraktika, die Aufstellung von Stunden- und Forschungsplänen und die Durchführung zukünftiger Promotionen und Habilitationen. Die Fakultäten setzten sich zusammen aus den einzelnen Instituten, deren Direktoren vom Rektor nach Bestätigung durch das Ministerium für Schwermaschinenbau ernannt wurden und diesem sowie den Dekanen verantwortlich waren.<sup>55</sup>

Anders als in Schläfers Vorstellungen vom Herbst 1953 waren in Karl-Marx-Stadt zum Zeitpunkt des Statutes nicht vier oder gar sechs, sondern nur zwei Fakultäten entstanden. Auch die von Schläfer gewünschte Spezialisierung der Fakultäten auf einzelne Wirtschaftszweige<sup>56</sup> musste vorerst zugunsten einer Unter- und Oberstufen-Struktur geopfert werden. Die I. Fakultät (Mathematik und Naturwissenschaften) war für die technische Grundlagen-Ausbildung aller Studenten vom ersten bis zum achten Semester zuständig; die Spezialisierung in den einzelnen Fachrichtungen (Werkzeug-, Textil-, Polygraphischer Maschinenbau, Technologie/ Industrieökonomie des Maschinebaus) erfolgte vom neunten bis zum elften Semester in der II. Fakultät (Maschinenbau).<sup>57</sup> Mitte 1956 stimmte das Staatssekretariat einem Antrag der Hochschule auf Einrichtung einer Fakultät für Technologie zu.<sup>58</sup> Dekan der neuen Fakultät wurde Ende 1956 Prof. Dr. Willy Nebel. Er hatte schon 1953 die Wichtigkeit der Ausbildung von Technologen betont, denn es sei nötig, „Konstrukteure einerseits und Technologen andererseits“ auszubilden.<sup>59</sup> Die neue Fakultät übernahm einige Institute aus dem Maschinenbau, andere Institute bzw. Fächer wurden neu konstituiert. Hinsichtlich des Aufbaus der Fakultäten bewegte sich die Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt in absolutem Gleichschritt mit ihrer Schwesterhochschule in Magdeburg. Auch sie begann mit einer Grundlagenfakultät und einer für Schwermaschinenbau, ehe im Jahre 1956 eine für Technologie des Maschinebaus hinzukam.<sup>60</sup>

Im Statut gesondert erwähnt war die Förderung des Arbeiter- und Bauern-Studiums. Träger des Arbeiter-

und Bauern-Studiums waren die Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten (ABF), von denen es auch eine in Karl-Marx-Stadt gab. Sie wurde hier noch nicht als Fakultät erwähnt, erreichte diesen Status aber wenig später im Herbst 1955.<sup>61</sup> Mit dem Arbeiter-und Bauern-Studium versuchte man, denjenigen eine Chance zu geben, die kriegsbedingt kein Abitur ablegen konnten. Hinzu kam die ideologische Zielsetzung, der Arbeiter- und Bauernklasse den Zugang zur Hochschule zu eröffnen. Die Angehörigen dieser „Fakultäten“ waren zu erheblichen Teilen schon fortgeschrittenen Alters und insoweit nicht Schüler, sondern im eingeführten Sprachgebrauch „Studenten“. In Sachsen hatte das Arbeiter-und Bauern-Studium 1946 mit der Einrichtung von Vorbereitungskursen in sechs Städten, neben Chemnitz in Dresden, Görlitz, Leipzig, Plauen und Zwickau, begonnen. 1949 wurden die aus den Kursen hervorgegangenen zweijährigen Vorstudienanstalten in dreijährige Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten umgestaltet. Voraussetzung hierfür war allerdings die



Foto: UAC 502/4287

Die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der Hochschule für Maschinenbau in der Flemingstraße, 1955

Existenz einer Hochschule am Ort. Da es zu diesem Zeitpunkt in Chemnitz noch keine Hochschule gab, wurde die Vorstudienanstalt Chemnitz der ABF der Technischen Hochschule Dresden als Außenstelle angegliedert. Der Unterricht für die 60 „Altstudenten“ wurde weitergeführt und 180 „Neustudenten“ waren aufzunehmen.<sup>62</sup> Die Chemnitzer, später Karl-Marx-Städter Vorstudienanstalt verblieb für fünf Jahre in der organisatorischen Zugehörigkeit der Dresdner Hochschule. Mit der Gründung der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt 1953 war der Weg zur eigenen ABF frei. Mit Wirkung vom 1. April 1955 wurde die Einrichtung in Karl-Marx-Stadt nunmehr als selbständige Arbeiter-und-Bauern-Fakultät der hiesi-

gen Hochschule für Maschinenbau angegliedert.<sup>63</sup> Wie oben erwähnt, etablierte sich die Karl-Marx-Städter ABF im Herbst 1955 als III. Fakultät der Hochschule für Maschinenbau und wurde nach Gründung der Fakultät für Technologie 1956 zur IV. Fakultät.

Mit der Einführung der zehnklassigen Polytechnischen Allgemeinbildenden Oberschule (POS) war die grundlegende Schulreform für alle weiterführenden Bildungswege geschaffen und mit der Erweiterten Oberschule (EOS) für die elfte und zwölfte Klasse war die Brücke zur Hochschule geschlagen. Der Sonderweg über die ABF wurde nicht mehr gebraucht. Am 14. Juli 1962 schloss die ABF Karl-Marx-Stadt ihre Pforten zusammen mit den ABF in Berlin, Leipzig, Greifswald und Weimar. Eine zweite Gruppe von ABF wurde ein Jahr später geschlossen, lediglich die ABF Freiberg und Halle-Wittenberg überlebten bis zum 31. August 1966.<sup>64</sup>

Ein besonderes Mitwirkungsrecht an der Gestaltung der Hochschule räumte das Statut von 1955 den „Gesellschaftlichen Organisationen“ an der Hochschule für Maschinenbau ein, indem es in einem eigenen Abschnitt bestimmte, dass „alle Stellen der Hochschule im Einvernehmen mit den gesellschaftlichen Organisationen“ zu arbeiten hätten. „Gesellschaftliche Organisationen“ waren unter anderem Massenorganisationen wie die Freie Deutsche Jugend (FDJ) als studentische Organisation und die Hochschulgewerkschaft des FDGB als Interessenvertreter der Mitarbeiter der Hochschule für Maschinenbau. Durch Sitz und (beratende) Stimme im Senat hatten sie auch die Möglichkeit, bei dessen Sitzungen die Sicht von Studenten und Personal der Hochschule zu vermitteln. Da die FDJ die einzige offizielle Studentenorganisation war und die Veranstaltungen für Studenten ausrichtete, traten ihr viele Studenten bei. Mitte 1966 waren etwa 70 % der gesamten Direktstudenten an der Hochschule Karl-Marx-Stadt in der FDJ organisiert. Der Eintritt in die FDJ geschah jedoch häufig weniger aus ideologischem Impetus, sondern hing schlicht mit der Tatsache zusammen, dass nur die Mitgliedschaft die vollständige Teilhabe am studentischen Leben ermöglichte. Symptom für diese Einstellung war die immerwährende Klage der offiziellen Stellen, dass die Studenten kaum Interesse für gesellschaftliches Engagement zeigten würden, sondern nur an ihrem Studium interessiert

seien. In einem Bericht über die FDJ-Gruppenwahlen an der Hochschule für Maschinenbau hieß es zum Beispiel, dass es nicht darum gehe, wie man die FDJ-Arbeit verbessere, sondern einen Studenten zu finden, der schlechthin die Funktion eines Gruppensekretärs übernehme. Als Gesellschaftliche Organisation an der Hochschule trat jedoch die Betriebsparteiorganisation der SED besonders hervor.<sup>65</sup> Sie wurde Anfang Dezember 1953 gebildet, also knapp vier Monate nach dem Gründungsbeschluss des Ministerrats und drei Monate vor Aufnahme des Vorlesungsbetriebs. Dies war im Vergleich zu Magdeburg schon spät, denn dort war bereits im Oktober die Gründung einer Betriebsparteiorganisation erfolgt.<sup>66</sup> Auf der ersten Mitgliederversammlung der Betriebsparteiorganisation an der Hochschule Karl-Marx-Stadt sah man ihre vorrangige Aufgabe darin, die Parteilinie zu vertreten und an der Hochschule durchzusetzen, nach den Worten des kommissarischen Leiters Schläfer „ohne Toleranz“. Das ebenfalls anwesende Mitglied der Bezirksleitung der SED Max Müller ergänzte, dass das in die Hochschule hineingetragene Gedankengut kontrolliert werden müsse, um den „Gegner“ frühzeitig zu bekämpfen. Zum Ersten Sekretär wurde einstimmig Alfred Neugebauer gewählt.<sup>67</sup> Das Amt des Ersten Parteisekretärs war zu diesem Zeitpunkt noch nebenamtlich. Hauptberuflich nahm Neugebauer weiterhin das Amt des Verwaltungsdirektors wahr. Es stellte sich schnell heraus, dass die nebenamtliche Führung des Amtes des Ersten Parteisekretärs auf Dauer nicht durchzuhalten war. In einer Sitzung vom April 1954 legte man fest, dass ein hauptamtlicher Parteisekretär zu bestimmen sei.<sup>68</sup> Neugebauers Nachfolger Karl Weinrich wurde 1955 gewählt und konnte dieses Amt schon ausschließlich wahrnehmen. Ergänzt wurde das Aufgabenspektrum der Betriebsparteiorganisation anlässlich der zweiten der ab jetzt monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen im Januar 1954: Man nahm sich vor, weitere Professoren als Parteimitglieder zu gewinnen, die Arbeit an der Hochschule durch „reges wissenschaftliches Leben, schöpferischen Meinungsstreit“ und schöpferische Initiative beim Auf- und Ausbau der wissenschaftlichen Institute zu aktivieren.<sup>69</sup> Im Jahr der Verabschiedung des Statuts (1955) umfasste die Betriebsparteiorganisation der Hochschule insgesamt 70 Mitglieder.<sup>70</sup>

Wie selbstverständlich enthielt das Statut die

Bestimmung: „Der Rektor wird vom Senat [...] gewählt“. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt, anders als zum Beispiel an der Schwesterhochschule in Magdeburg, an der Hochschule Karl-Marx-Stadt weder einen Senat noch einen Rektor. Schläfer war bis zu diesem Zeitpunkt nur als kommissarischer Leiter eingesetzt. Um diesem Zustand abzuweichen, forderte man auf einer Sitzung der Betriebsparteiorganisation den baldigen Zusammentritt eines Senats und setzte sich zum Ziel, die Rektorwahl spätestens bis zum 15. Februar 1956 stattfinden zu lassen. Tatsächlich musste man jedoch mit ansehen, wie die Einsetzung des Rektors bis zum 1. August 1957 verschleppt wurde. Der Grund hierfür lag in der Doppelunterstellung der Hochschule für Maschinenbau, weil die zuständigen Stellen, das Ministerium für Schwermaschinenbau einerseits und das Staatssekretariat für Hochschulwesen andererseits, sich in der Frage der Qualifikation Schläfers für das Rektorenamt nicht einig waren. Das Staatssekretariat nahm Anstoß an der Entscheidung des Ministeriums vom September 1953 für einen Nichthabilitierten und nicht einmal Promovierten. Auf den Plan des Ministeriums, Schläfer mit der Funktion eines kommissarischen Rektors bis zum 1. Dezember 1956 zu betrauen und ihn dann ordentlich zum Rektor wählen zu lassen, reagierte Staatssekretär Prof. Gerhard Harig mit folgender Äußerung: „Die Bestätigung bzw. Einsetzung eines Rektors für die Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt behalte ich mir vor, bis von Ihnen eine geeignetere Persönlichkeit mit entsprechender wissenschaftlicher Qualifikation vorgeschlagen worden ist.“<sup>71</sup> In dieser Situation richtete die Professorenschaft der Hochschule für Maschinenbau eine Petition an das Ministerium für Schwermaschinenbau mit Argumenten, die für eine baldige Berufung Schläfers sprachen: Selbst die Studenten empfänden es mittlerweile als Mangel, dass ihre Hochschule, im Gegensatz zu denen in Magdeburg und Ilmenau, noch immer nicht von einem ordnungsgemäßen Rektor geleitet würde.<sup>72</sup> In einer Aussprache zwischen dem kommissarischen Leiter Schläfer und Staatssekretär Harig am 19. Dezember 1955 gestand Harig Schläfer zu, ab sofort alle Dokumente der Hochschule „bis zur Wahl eines Rektors“ als Rektor abzuzeichnen. Hiermit war wenigstens der Aufstieg vom kommissarischen Leiter zum kommissarischen Rektor geschafft. Zugleich

wurde ausdrücklich festgelegt, dass an der Hochschule ein Senat zu bilden sei. Der Senat der Hochschule für Maschinenbau nahm am 7. März 1956 mit seiner ersten Sitzung die Arbeit auf. Im Juli 1956 wählte er Schläfer zum Rektor für das Studienjahr 1956/57 und erneuerte diese Entscheidung im Mai 1957, diesmal für zwei Jahre.<sup>73</sup> Anders als zuvor, finden sich in dieser Zeit Äußerungen des ZK, die eine Berufung Schläfers befürworten. In einer Vorlage für das ZK wurden als Gründe für diese Entscheidung Schläfers gute Verbundenheit zur Partei und sein Status als Professor seit Februar 1956 genannt. Auch die befragte zentrale Kaderabteilung äußerte keinerlei Einwände.<sup>74</sup> Derweil stellte das Ministerium für Schwermaschinenbau im Juli 1957 beim Staatssekretariat den abermaligen Antrag auf Ernennung des bisherigen kommissarischen Rektors Schläfer zum Rector Magnificus mit Wirkung zum 1. August 1957. Diesmal glückte das Vorhaben. Der Vorgang trägt den handschriftlichen Vermerk „einv.“ von Franz Dahlem, damals Leiter der Hauptabteilung Forschung im Staatssekretariat.<sup>75</sup> Die vom Senat erbetene Bestätigung erfolgte am 13. August 1957 durch den inzwischen amtierenden Staatssekretär Dr. Wilhelm Girnus.

Die Inauguration Schläfers stellte insoweit einen Sonderfall dar, als er vom Ministerium für Schwermaschinenbau eingesetzt wurde und das Wahlverfahren für den Rektor bis 1955 noch nicht durch ein Statut geregelt war. Außerdem stellte die Doppelunterstellung der Hochschule eine bürokratische Hürde dar, die im Juni 1958 wegfiel, als das Ministerium für Schwermaschinenbau aus seiner Verantwortung für die Hochschule ausschied.<sup>76</sup> Der laut Statut der Hochschule für Maschinenbau in seiner Wahlkompetenz freie Senat konnte nur scheinbar nach eigenem Ermessen entscheiden, denn, wie sich bei der Auswahl der nachfolgenden Rektoren zeigte, wurde die Kandidatenbestimmung in der Betriebsparteiorganisation vorgeklärt. So konnte die Übernahme des Amtes auch als „Parteiauftrag“ verstanden werden. Ein Beispiel liefert die Regelung der Nachfolge Schläfers. In der monatlichen Sitzung im Dezember 1958 schlug der Erste Parteisekretär Weinrich den Anwesenden für die Nachfolge Schläfers den Dekan der Fakultät für Maschinenbau Prof. Dr. Edgar Pietsch vor. Schläfer stehe für eine erneute Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung, da er sich

wieder stärker der Wissenschaft widmen wolle. Dr. Gerhard Junghänel vom Institut für Physik gab dem Vorschlag Schläfers, den Direktor des Instituts für Ökonomie des Maschinenbaus Klitzsch zu nominieren, keine Chancen für eine Mehrheit im Senat, weil dieser „selbst noch um eine wissenschaftliche Stellung kämpfen muß“. Pietsch erklärte dazu, dass er sich nicht um das Amt des Rektors reiße, sondern die Übernahme dieses Amtes als „Parteiauftrag“ empfindend. Abgesehen davon erwarte er, dass Schläfer mit seiner Kandidatur „nicht unbedingt einverstanden“ sein würde.<sup>77</sup> Trotzdem bestimmte der Senat in einer Sondersitzung einstimmig in geheimer Wahl Pietsch zu dessen Nachfolger.<sup>78</sup> Später, in seiner Rede zur Amtsübergabe, zeigte Schläfer sich uneingeschränkt einverstanden mit dem Auslaufen seiner sechsjährigen Amtszeit als Gründungsrektor und bekannte sich zu seinem Nachfolger, den er als „einen würdigen, unserem Staat und der Wissenschaft treu ergebenden Hochschullehrer“ rühmte.<sup>79</sup> Im Oktober 1959 trat Pietsch sein Amt an. Es dauerte jedoch nur ein halbes Jahr, bis man sich, wieder auf einer Sitzung der Betriebsparteiorganisation, erneut mit der Rektorenfrage beschäftigen musste.

Der neue Rektor war bereits kurz nach seiner Wahl durch Krankheit ausgefallen und wurde durch schon erwähnten Junghänel vertreten. In einer Sitzung der Betriebsparteiorganisation vom April 1960 befand man diesen Zustand für unhaltbar und erörterte mögliche Nachfolgekandidaten. Man ging sogar so weit, dass die damalige Entscheidung der Parteileitung für Pietsch als „entscheidender Fehler“ bezeichnet wurde. Der Erste Sekretär Weinrich kündigte die Wahl eines neuen Rektors „noch in diesem Jahr“ an. Naheliegender wäre in dieser Situation die Benennung des Interims-Rektors Junghänel gewesen, die allerdings aufgrund seiner Jugend und seines „zeitweiligen allzu forschen Auftretens“ (er hatte anderen bei Auseinandersetzungen im Senat des öfteren das Wort abgeschnitten) nicht erfolgte.<sup>80</sup> Stattdessen entschied man sich für den Dekan der Fakultät für Technologie Nebel, der im März 1961 nach erfolgter Wahl durch den Senat vom Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen als Rektor der Hochschule für Maschinenbau bestätigt wurde.<sup>81</sup>

Die (Aus-)Wahl der Rektoren verdeutlicht noch einmal das Prinzip der Entscheidungsfindung in der

DDR auf unterer Ebene wie es sich bei der Gründung der Hochschule für Maschinenbau schon auf oberer Ebene dargestellt hatte: Die staatlichen Organe, nun der Senat mit der offiziellen Wahl des Rektors, setzten ein Verfahren um, für das die Partei, hier mit der Nominierung des Kandidaten für das Rektorenamt, die großen Linien vorgegeben hatte. Mit der Wahl des Rektors durch den Senat und seiner Bestätigung durch das Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen wurde formal der staatliche Entscheidungsweg eingehalten, während die Partei ihn im Hintergrund inhaltlich bestimmte.

### ***Die Entfaltung der Hochschule und die Anfänge des Campus***

Am 4. Juni 1957, zwei Monate vor seiner Berufung zum Rektor, gab Schläfer dem Staatssekretariat für Hochschulwesen einen zusammenfassenden Bericht über „Ausbildungsstand und Möglichkeiten an der Hochschule für Maschinenbau in Karl-Marx-Stadt“.



Foto: UAC 502/3536

**Prof. Dr. Willy Nebel (Rektor 1961-1963), zur Verleihung des Status Technische Hochschule, 1963**

Die Hochschule umfasste zu diesem Zeitpunkt 20 Institute, die sich auf vier Fakultäten verteilten. Eine Mittelinstanz zwischen Fakultäten und Instituten stellten laut Statut von 1955 die Fachrichtungen dar. Ihre Leiter wurden vom Rektor nach Bestätigung durch den Minister für Maschinenbau<sup>82</sup> ernannt und eingesetzt. Sie waren für die unmittelbare Durchführung der Ausbildung und der Forschungsarbeit zuständig.<sup>83</sup> Schläfer sagte über die Fachrichtungen in dem oben erwähnten Bericht von 1957, dass es an den Fakultäten für Maschinenbau und für Technologie bereits Fachrichtungen gebe, nämlich die Fachrichtungen Konstruktion von Werkzeugmaschinen, Konstruktion von Textilmaschinen und Konstruktion von polygraphischen und Papierverarbeitungsmaschinen an der Fakultät für Maschinenbau und die Fachrichtungen Technologie des Maschinenbaus und Werkstoffkunde an der Fakultät für Technologie. An der I. Fakultät existierten noch keine Fachrichtungen.<sup>84</sup> Zwei Jahre später, in seinem Rechenschaftsbericht von 1959, konnte Schläfer über folgende neu hinzugekommene Fachrichtungen berichten: Regelungstechnik, Messtechnik, Technologie der Plaste und Ökonomie des Maschinenbaus.<sup>85</sup> 1959 existierten an der Hochschule für Maschinenbau also insgesamt neun Fachrichtungen, in Magdeburg waren es zu diesem Zeitpunkt deren elf.<sup>86</sup>

Während Schläfer in seinem Bericht an das Staatssekretariat ausführlich auf den strukturellen Aufbau der neuen Hochschule einging, äußerte er zur Forschungstätigkeit lediglich: „Zur Zeit laufen an unserer Hochschule insgesamt 13 Forschungsaufträge mit einem Gesamtwert von 254,6 TDM!“<sup>87</sup> Hier war die Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt der Parallelgründung in Magdeburg um einiges voraus. Diese bearbeitete zu dieser Zeit gerade einmal fünf Forschungsthemen im Wert von 34.500 M.<sup>88</sup> Des Weiteren sprach sich Schläfer für eine sehr enge Zusammenarbeit mit den Produktionsbetrieben und Instituten am Ort Karl-Marx-Stadt unter anderem zur Durchführung von Übungen und Praktika aus. Beispielhaft für Kooperationen dieser Art erwähnte er das Institut für Werkzeugmaschinen Karl-Marx-Stadt, das von Herrn Prof. Dr. Kurt Gläser geleitet wurde, und das Institut für Fasertechnologie.<sup>89</sup> Die Äußerung Schläfers zur Forschungstätigkeit hatte mit den Wortmeldungen anderer zu diesem

Thema gemeinsam, dass höchst selten über die Forschungsinhalte, dafür um so öfter über Umstände und Organisation der Forschung berichtet wurde, wie zum Beispiel in einem Redeentwurf, den der Erste Sekretär der Hochschulparteiorganisation Weinrich im Oktober 1957 anlässlich einer geplanten Festveranstaltung zum fünfjährigen Bestehen der Karl-Marx-Städter Hochschule an das Sekretariat des ZK schickte. Die Jubiläumsveranstaltung fand im September 1958 statt.<sup>90</sup> Ob die geplante Rede so gehalten wurde, ist nicht bekannt. Gleichwohl sind seine Ausführungen hinsichtlich der traditionellen Forschungsschwerpunkte, der Aufwendung von Mitteln und der Entwicklung des wissenschaftlichen Personals aufschlussreich: Die Hochschule sei in Karl-Marx-Stadt an der richtigen Stelle angesiedelt, denn dieser Bezirk, schon vor dem Krieg Zentrum des Maschinenbaus und der Textilindustrie, sei auch in der DDR Standort der maßgebenden Betriebe des Werkzeug- und Textilmaschinenbaus sowie der Textilindustrie. Der Gesamtaufbau der Hochschule sollte bis 1965 abgeschlossen sein, wobei Mittel in der Größenordnung von 53 Mio. Mark aufgewendet werden würden, von denen 31 Mio. Mark auf den Bau und 22 Mio. Mark auf die Forschung entfallen sollten. Hieran wird deutlich, dass in dieser Phase dem Aufbau der Hochschule Vorrang vor Forschungsaufgaben eingeräumt wurde. Das wissenschaftliche Personal hatte sich von 22 im Jahre 1954 auf 70 erweitert. 30 von ihnen waren Mitglieder der SED. Hierzu gehörten der Rektor, alle Prorektoren und die Dekane der II., III. und IV. Fakultät. Bis ins Jahr 1957 hatten von den Angehörigen der Hochschule vier Studenten und ein Wissenschaftler „Republikflucht“ begangen.<sup>91</sup> Auch an zentraler Stelle in Berlin analysierte man die bisherige Entwicklung der Hochschule für Maschinenbau und äußerte sich hinsichtlich beabsichtigter künftiger Maßnahmen zu ihrer Entfaltung. In einem ZK-internen Bericht über die Hochschule für Maschinenbau vom 10. November 1958 war man im Großen und Ganzen zufrieden mit der Motivation der Wissenschaftler, „all ihre Kräfte für den Sieg des Sozialismus einzusetzen“. Als Forschungsschwerpunkte empfahl man besonders die Plastverarbeitung sowie Schmier- und Lagerforschung im Maschinenbau und verstärkte Anstrengungen im Bereich der Elektrotechnik.<sup>92</sup>

Ein Jahr später, am 7. Oktober 1959, wurde der 10. Jahrestag der Gründung der DDR begangen. Aus diesem Anlass gab die Hochschule für Maschinenbau eine kleine elfseitige Festschrift heraus, in der die Autoren auf die vergangenen sechs Jahre zurückblickten. Zu der Entwicklung der Forschung äußerte sich der Direktor des Instituts für Ökonomie des Maschinenbaus Dr. Friedrich Klitzsch. Als Ziel der Forschungsorganisation sollte ein gesundes Verhältnis von breiter Grundlagenforschung und zweckgebundener Vertragsforschung entstehen. Der Weg dahin müsse im Kollektiv erfolgen. Dieses Bestreben fände seinen Ausdruck beispielsweise in der Bildung einer Forschungsgemeinschaft „Plastverarbeitung im Maschinenbau“, an der die Institute für Chemie, für Physik und für Werkstoffkunde beteiligt waren und damit wichtige Vorarbeit für ein künftiges „Institut für Technologie der Plaste“ an der Hochschule leisteten.<sup>93</sup> Wie von Klitzsch in Aussicht gestellt, wurde Mitte 1960 das „Institut für Technologie der Plastverarbeitung“ an der III. Fakultät gegründet.

Der optimistischen Einschätzung Klitzschs zur Entwicklung der Forschung an der Hochschule für Maschinenbau widersprach ein Bericht, den die Staatssicherheit später über die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Grundlagen- und Vertragsforschung sowie der gemeinschaftlichen Forschung an der Hochschule Karl-Marx-Stadt verfasste. Es wurde moniert, dass die Wissenschaftler die Grundlagenthemen der Vertragsforschung vorziehen würden, da sie hier weniger Termindruck und Kontrolle ausgesetzt seien und leichter „stichhaltige“ Gründe für Verzögerungen wie Materialengpässe oder das Fehlen eines Importgerätes finden könnten. Weitere Gründe für die Präferenz von Grundlagenthemen seien ihre Eignung für eine spätere Dissertation und der fehlende materielle Anreiz, ein Vertragsforschungsthema anzunehmen, so dass 1962 an der TH Karl-Marx-Stadt nur halb so viele Vertrags- wie Grundlagenforschungsthemen behandelt wurden, was keinesfalls dem von Klitzsch geforderten „gesunden Verhältnis“ entsprach. Angeprangert wurde in dem Bericht auch die Praxis von Wissenschaftlern der Hochschule, sich den fehlenden materiellen Anreiz für die Übernahme eines Vertragsforschungsthemas durch eine Art „Schwarzforschung“ selber zu verschaffen. Indem sie ihr Thema beim Prorektorat für Forschung

nicht registrieren ließen, existierte es offiziell nicht. Während der Wissenschaftler nach Bearbeitung eines registrierten Vertragsforschungsthemas nur 6,5 % der Vertragssumme und eine mögliche Prämie des Vertragspartners bei vorfristiger Erfüllung der Vertragsvereinbarungen erhielt, konnte er bei nicht-registrierter Vertragsforschung dem Auftraggeber die volle Arbeitszeit in Rechnung stellen und zusätzlich sein Gehalt vom Staat weiter kassieren, da er keinen Nachweis erbringen musste, ob er diese Forschungen in seiner Arbeits- oder Freizeit betrieben hatte. Gleichzeitig konnte er mit Hilfe dieser „Schwarzforschung“ auch die Bestimmung umgehen, nach der ein Hochschullehrer nur 2.000 Mark im Jahr zusätzlich zu seinem Gehalt verdienen durfte. Auch die nach Meinung von Klitzsch an der Hochschule schon mit Erfolg praktizierte Bildung von Forschungsgemeinschaften ließ der Bericht nicht gelten, sondern stellte fest, dass das „althergebrachte Nebeneinander der Institute an der [...] Hochschule Karl-Marx-Stadt [...] die Bildung von Forschungsgemeinschaften“ hemme.<sup>94</sup>

Im April 1959, zwei Jahre nach der Schwesterhochschule in Magdeburg, erschien die erste Nummer der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt. Sie wurde zunehmend zum Forum für Forschungsergebnisse, wobei in den ersten Jahren besonders der Direktor des Instituts für Elektrotechnik Dr. Eugen-Georg Woschni und der Direktor des Instituts für Physik Dr. Gerhard Junghänel zahlreiche Beiträge lieferten. Über die Einführung einer wissenschaftlichen Zeitschrift als Spiegel der Forschung an der Hochschule für Maschinenbau wurde schon Ende 1955 beraten, als die parallel gegründete Einrichtung in Ilmenau bereits ihren ersten Jahrgang publiziert hatte. Man stellte damals jedoch fest, dass die Herausgabe einer solchen Zeitschrift an der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt noch verfrüht wäre, da die Forschungsergebnisse noch nicht für eine „Zeitschrift als Visitenkarte der Hochschule im Weltformat ausreichen“ würden und setzte sich deshalb noch eine Frist von zwei bis drei Jahren.<sup>95</sup>

Ein Resümee der vorher beschriebenen Stimmen zur Entwicklung der Forschung an der Hochschule für Maschinenbau stellt der Rechenschaftsbericht dar, den der scheidende Rektor Schläfer anlässlich der Rektoratsübergabe 1959 an seinen Nachfolger

Pietsch ablegte. Er wiederholte das Datum 1965 als Abschlussdatum für den Aufbau der Hochschule, das schon Weinrich 1957 zum fünfjährigen Jubiläum der Hochschule genannt hatte. Analog den Überlegungen im ZK-internen Bericht über die Hochschule von 1958 verlangte Schläfer ebenfalls die Fixierung der Forschung der Hochschule auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte. Auch in der Wahl dieser Schwerpunkte orientierte er sich an den Aufgabenstellungen aus Berlin. So forderte er den beschleunigten Aufbau der Fachrichtung Technologie der Plaste und die Konzentration der Hochschule auf die Werkstoffforschung sowie die Mess-, Steuer- und Regelungstechnik für die Automatisierung von Prozessen. Als besondere Leistung hob er die Herausgabe der Wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Maschinenbau hervor. Als einen weiteren Meilenstein in der wissenschaftlichen Entwicklung der Hochschule für Maschinenbau stellte er die Verleihung des Promotions- und des Habilitationsrechts an die Fakultäten für Maschinenbau und für Technologie dar.<sup>96</sup>

Die Schwierigkeiten, die die Forschung an der Hochschule für Maschinenbau zu bewältigen hatte, wurden in hochschulinternen Sitzungen thematisiert. Beispielsweise machte der bereits erwähnte Direktor des Instituts für Elektrotechnik Woschni, zu diesem Zeitpunkt auch Prorektor für Forschung, in einer Sitzung der Hochschulparteiorganisation 1960 deutlich, dass die Zahl der Forschungsaufträge in den Bereichen Grundlagen- und Vertragsforschung nicht befriedigend sei. Es müssten die Forschungsschwerpunkte mit den Fachrichtungen der Hochschule zusammenfallen. Darüber hinaus sei die Forschung des öfteren auch durch Materialmangel behindert. Er nannte konkret einen Fall, in dem ein Forschungsauftrag wegen Papiermangels um sechs Wochen verschoben werden musste. Alle Ergebnisse der Forschungsarbeit an der Hochschule sollten, so Woschni, in der Wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht werden.<sup>97</sup> Der Materialmangel zwang die Institute, ihren Bedarf möglichst auf Jahre hinaus zu planen und mit den Lieferanten abzustimmen. Besondere schwierig gestaltete sich die Beschaffung von Materialien, Geräten oder Literatur, die nicht in der DDR produziert oder aus Ländern des RGW zu beziehen waren, da die Bereitstellung von Devisen entweder über die

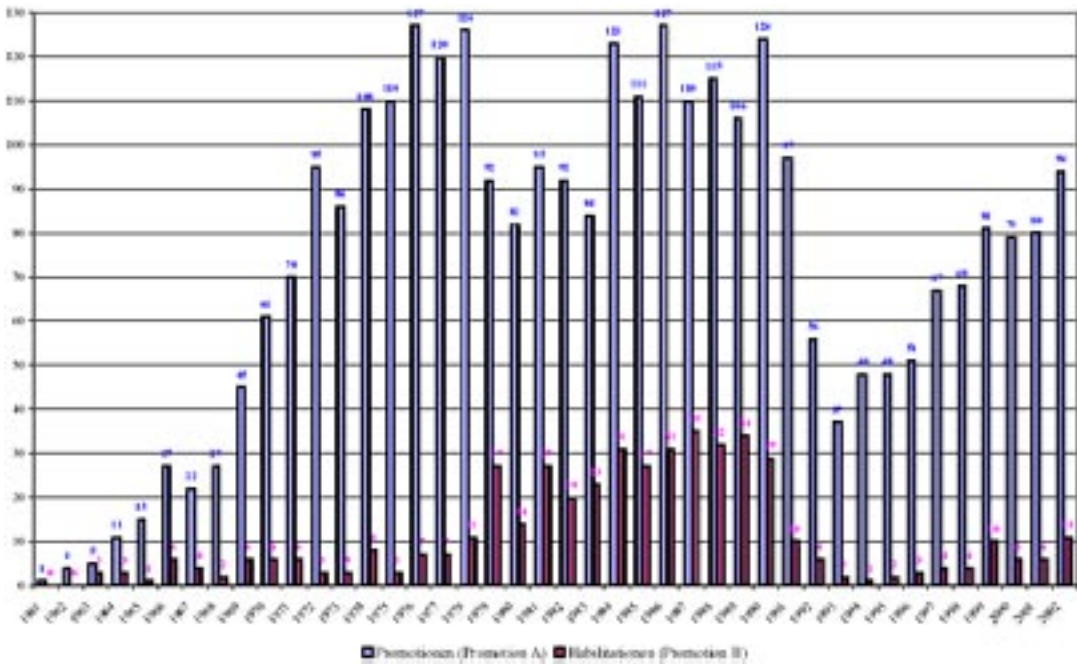
jeweiligen Ministerien oder Betriebe, die sich durch Westexporte einen „Devisenbonus“ verschafft hatten, erfolgte. Besonders schwer, an Materialien aus dem Westen zu kommen, hatten es naturgemäß die Institute, die über kaum oder keine Verbindung zur Industrie verfügten. Die Umwege bei der Materialbeschaffung führten oft zu Verzögerungen bei der Bearbeitung von Forschungsthemen und Dissertationen.<sup>98</sup>

Durch den Mauerbau sahen sich einige Wissenschaftler an der Hochschule Karl-Marx-Stadt in ihrem Bemühen um international anerkannte Forschungsleistungen weit zurückgeworfen, da die Wissenschaft in der DDR „von der Weltwissenschaft durch die Maßnahmen vom 13.8.1961 isoliert worden“ sei, wie es in einem Bericht der Staatssicherheit hieß. Sie wurden von der Staatssicherheit „beobachtet“, weil man sie der Illoyalität gegenüber der DDR verdächtigte. Man warf ihnen vor, Weltniveau mit Westniveau gleichzusetzen, nach westlicher Forschungsliteratur zu drängen und westliche Forschungsergebnisse zu verherrlichen. Weiterhin beschuldigte man sie, sich Anerkennung im westlichen Ausland durch die Veröffentlichung von Artikeln in dortigen Fachzeitschriften verschaffen zu wollen. Über den Mauerbau hinaus versuchten jedoch Wissenschaftler aus beiden Teilen Deutschlands, die Verbindungen durch gegenseitige Einladungen zu Fachtagungen und Kongressen sowie persönliche und briefliche Kontakte aufrecht zu erhalten. In den Jahren 1965/66 besuchten insgesamt 49 Wissenschaftler aus allen Teilen Westdeutschlands die TH Karl-Marx-Stadt auf deren Einladung. Von der TH Karl-Marx-Stadt erhielten zur gleichen Zeit lediglich acht Wissenschaftler die Möglichkeit, als „Reisekader“ und damit als zuverlässig genug eingestuft zu werden, um in den Westen reisen zu können.<sup>99</sup>

Zur Forschung an der Hochschule für Maschinenbau äußerte sich auch der Interims-Rektor Junghänel anlässlich der Amtsübergabe an den gewählten Rektor Nebel Ende März 1961. Er zeigte sich enttäuscht, dass im Jahre 1960 nur zwei Promotionen von Angehörigen der Hochschule abgeschlossen werden konnten und sah es als eine Notwendigkeit an, dass sich die Einrichtung verstärkt der Ausbildung des eigenen Nachwuchses für die Forschung widmen müsse, da die Gewinnung von Kadern aus der Praxis „sehr schwer“ sei. Zu dieser Zeit würden an der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt insgesamt 35 Forschungsthemen bearbeitet

mit den, schon von Schläfer genannten Schwerpunkten Technologie der Plaste und Automatisierung sowie dem klassischen Bereich Werkzeug-, Textil- und polygraphischer Maschinenbau. Unzufrieden äußerte sich Junghänel mit der Verteilung der Forschungsintensität auf nur einige wenige Institute. Von ihnen hob er besonders das Institut für Werkzeugmaschinen hervor.<sup>100</sup> Geleitet wurde es von Prof. Dr. Rudolf Piegert<sup>101</sup>. Zu diesem Zeitpunkt beschäftigte sich das Institut mit Grundlagenforschung für Montageautomaten, der Entwicklung von Werkzeugmaschinenbaugruppen und „fehlerkritischen Untersuchungen“.<sup>102</sup> Große Unterschiede zwischen den einzelnen Instituten stellte auch der Leiter der Betriebsparteiorganisation der Hochschule Weinrich in einer Analyse der wissenschaftlichen Tätigkeit der einzelnen Fakultäten und Institute fest. Während er die wissenschaftliche Tätigkeit an der I. Fakultät (Mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät) noch als ungenügend bewertete, sah er die II. Fakultät (Maschinenbau) bei den Forschungsleistungen und die III. Fakultät (Technologie) bei den Publikationen vorn, wobei sich hier besonders das Institut für Elektrotechnik unter Woschni hervorgetan hatte.<sup>103</sup> Eine Hochschule bestand und besteht jedoch nicht

nur aus Forschung. Eine ihrer wesentlichen Aufgaben war die Ausbildung späterer Führungskräfte und Wissenschaftler, ohne die es weder wirtschaftlichen Fortschritt noch ein Vorschreiten der Forschung geben konnte. Hieran wird deutlich, dass sich an einer Hochschule gestern wie heute Forschung und Lehre gegenseitig bedingen. In der schon erwähnten kleinen Festschrift der Hochschule für Maschinenbau zum 10. Jahrestag der Gründung der DDR beschrieb der damalige Prorektor für Forschung Klitzsch dieses Verhältnis so: „Die unmittelbare Verbindung von Lehre und Forschung ist alte deutsche Hochschultradition, diese Tradition zu pflegen und weiterzuentwickeln ist eine wichtige Aufgabe der sozialistischen Hochschulen.“<sup>104</sup> In seinem Rechenschaftsbericht 1959 zeigte sich Schläfer jedoch auch stolz, dass ein „radikaler Bruch mit althergebrachten und überlieferten Formen der Studienplangestaltung“ gelungen sei. Er meinte damit die Einführung des kombinierten Studienjahres, in dem Direktstudium an der Hochschule und Arbeit im Betrieb alternierten, so dass zum Studium der Arbeitsplatz nicht verlassen werden musste. Weiterhin wies Schläfer auf die große Bedeutung der Grundlagenausbildung der Studenten hin, die die Voraussetzung für eine möglichst breite Einsetzbarkeit



Promotionen und Habilitationen TH/ TU Karl-Marx-Stadt/ Chemnitz



der Absolventen bildete und der die Hochschule für Maschinenbau mit dem Neubau des physikalischen Instituts mitsamt Maschinenlabor (an der Straße der Nationen) große Aufmerksamkeit geschenkt habe. Von den Fachrichtungen stellte die Technologie des Maschinenbaus mit der Hälfte der Studenten die größte dar, gefolgt von Konstruktion von Werkzeugmaschinen. Die Fachrichtung polygraphischer Maschinenbau sei einzigartig im sozialistischen Wirtschaftsgebiet außer der Sowjetunion. Als noch förderungsbedürftig stufte Schläfer die Fachrichtung Textilmaschinenkonstruktion ein. Besonders zukunftsweisend seien die neuen, zum Teil noch im Aufbau befindlichen Fachrichtungen Technologie der Plaste, Werkstofftechnik und Regelungstechnik. Wie auf dem Gebiet der Forschung, so auch in der Lehre tat die Hochschule für Maschinenbau demnach den in dem ZK-Papier von 1958 formulierten zentralen Forderungen Genüge. Schläfer erwähnte auch das sechswöchige Berufspraktikum, das der praktischen Ausbildung der Studenten und ihrer Vorbereitung auf das Arbeitsleben dienen sollte und von Anfang an fester Bestandteil des Ingenieurstudiums an der Hochschule für Maschinenbau war.<sup>105</sup>

Den Schwierigkeiten in der Ausführung dieser Praktikuziele widmete sich der Interimsrektor Junghänel in seinem Rechenschaftsbericht. Er beklagte, dass die Betriebe den Studenten zu wenig Aufmerksamkeit schenkten und deshalb eine „gewisse Disziplinlosigkeit“ unter den Praktikanten herrsche. Indirekt warf er den Betrieben vor, das Berufspraktikum nur unter eigennützigem Gesichtspunkten zu sehen.

In ihren Rechenschaftsberichten thematisierten beide Rektoren auch die Raumnot der Hochschule und die Notwendigkeit der Erweiterung ihrer Kapazitäten. Schläfer pries in seinem Bericht die Fertigstellung des Neubaus für Physik mitsamt Maschinenlabor, kündigte jedoch gleichzeitig unter anderem die Errichtung von Institutsneubauten, von einem Hörsaal mit 500-600 Plätzen und von Sportanlagen an.<sup>106</sup> Junghänel befasste sich besonders mit der Notwendigkeit des Neubaus von Internaten für die Studenten der Hochschule. So berichtete er, dass die großen Schwierigkeiten bei der wohnraummäßigen Unterbringung der Studenten nur dadurch gelöst werden konnten, dass der Rat der Stadt auf Initiative des damaligen Oberbürgermeisters der Stadt Karl-Marx-Stadt Scheller Wohnraum zur

Verfügung gestellt hatte. Dies sei kein Zustand, zumal die Hochschule Erweiterungsgelände „für die Erweiterung unserer Hochschule in den nächsten 50 Jahren“ besäße.<sup>107</sup>

Das von Junghänel erwähnte Erweiterungsgelände der Hochschule für Maschinenbau zwischen der Reichenhainer Straße und dem Gelände der Reichsbahn war bereits 1954/55 durch Änderung des städtischen Flächennutzungsplanes der Hochschule zugesprochen worden.<sup>108</sup> Zuständig für die Durchführung von Planungs- und Baumaßnahmen war die beim Rektor angesiedelte Abteilung Aufbau.<sup>109</sup>

Schon im Mai 1956 war es zu einer Besprechung der Aufbauleitung der Hochschule mit dem Ministerium für Schwermaschinenbau gekommen, in der die Aufbauleitung ihre Planungen darlegte. Der Aufbau der Hochschule sollte an zwei getrennten Standorten stattfinden. Zum einen in der Stadt mit der Ergänzung der bestehenden Gebäude der Unterstufe an der Straße der Nationen durch ein Institutsgebäude für Physik, das auch das Maschinenlabor beherbergen sollte, zum anderen landwärts an der Reichenhainer Straße mit der Errichtung von Neubauten für Instituts- und Hallengebäude der Oberstufe sowie von Mensa, Internaten und Sportanlagen.<sup>110</sup>

In einem Bericht der Aufbauleitung der Hochschule für Maschinenbau an das Ministerium für Schwermaschinenbau vom November 1955 wurde deutlich, dass mit Abschluss des Vorexamens der erste Jahrgang in die Oberstufe eintreten würde, in der die Spezialisierung auf einzelne Fachrichtungen erfolgen sollte. Da im Zuge der Spezialisierung neben der theoretischen auch eine umfassende praktische Ausbildung notwendig wurde, mussten so schnell wie möglich Neubauten von Instituten und Hallen errichtet werden. So war es nur folgerichtig, dass die Aufbauleitung der Hochschule sich über die Abteilung Aufbau des Rates des Bezirks beschwerte, dass diese den Baubeginn im Jahr 1956 wegen angeblich fehlender Baukapazitäten verweigerte.<sup>111</sup> Der erste realisierte Neubau nach dem Krieg betraf dann jedoch nicht, wie in dem Bericht gefordert, Gebäude für die Oberstufe an der Reichenhainer Straße, sondern die Wiederherstellung und Erweiterung des ausgebombten Teils der ehemaligen Staatlichen Akademie für Technik an der Straße der Nationen. Der hier für die Unterstufe 1957 eingeweihte Bau nahm im Wesentlichen das Institut für

Physik auf, beherbergte darüber hinaus das Institut für Getriebelehre und Teile des Maschinenlaboratoriums sowie einen neuen Hörsaal für 330 Personen.<sup>112</sup>



Der erste Neubau der Hochschule an der Straße der Nationen (1957 eingeweiht), 1968

Während die Fertigstellung des Institutsgebäudes für Physik an der Straße der Nationen noch voll im Plan des Aufbauleiters Burkhardt lag, verzögerte sich der Bau der Oberstufengebäude an der Reichenhainer Straße erheblich. Hier sollten die Institutsgebäude und die entsprechenden Hallen im dahinterliegende Gelände entstehen. Die Planungen sahen in den Jahren 1958/59 die Errichtung eines Institutsgebäudes mit Maschinenhalle für die Fachrichtung Werkzeugmaschinenbau und bis 1961 für die Fachrichtung Textilmaschinenbau vor. 1963 sollte schließlich eine Halle für die Polygraphie fertiggestellt sein. Enthalten war in den Planungen noch der Ausbau von Räumen für die Arbeiter und Bauernfakultät bis 1964, der sich jedoch mit ihrer Auflösung 1962 erübrigte.<sup>113</sup>

Im Jahr 1960 konnte mit dem Hallengebäude für Werkzeugmaschinen und Technologie das erste für wissenschaftliche Zwecke errichtete Gebäude in Betrieb genommen werden.<sup>114</sup> 1961 wurde das dazugehörige Institutsgebäude fertiggestellt. Dort zogen aus den Gebäuden an der Straße der Nationen die Institute für Werkzeugmaschinen, für Technologie des Maschinenbaus,



Komplex an der Reichenhainer Str. 70, 1987

für Längenmesstechnik, für Betriebswissenschaften sowie vorübergehend das Institut für Technologie der Plaste ein.<sup>115</sup> Im gleichen Jahr wurde auch ein Hörsaal mit 240 Plätzen und ein direkt an das Gebäude angrenzender Turmbau vollendet. Die Halle für den Textilmaschinenbau wurde erst 1962 zusammen mit der vorfristig fertiggestellten Halle für Polygraphie übergeben, das dazugehörige Institutsgebäude erst im Jahr 1963 eingeweiht.<sup>116</sup> Hier zogen die Institute für polygraphische und Papierverarbeitungsmaschinen sowie für Textilmaschinenkonstruktion und Technologie der Faserstoffe ein.<sup>117</sup> Als Gründe für die Verzögerung der Fertigstellung gab Burkhardt verspäteten Baubeginn, nicht genügend leistungsfähige Bagger und einen Mangel an Fahrzeugen zum Abfahren des Aushubs an.<sup>118</sup>

Neben der Errichtung von Gebäuden für Lehre und Forschung, wie sie Schläfer verkündet hatte, befasste man sich auch früh mit der Forderung Junghänel's nach dem Bau von Wohnkapazitäten für eine wachsende Zahl Studenten.

So hatte man schon bei der Planung der Immatrikulationszahlen im Jahre 1954 festgestellt, dass die Internatsfrage sehr wichtig sei, da die Hochschule nicht mehr Studenten aufnehmen als sie raummäßig unterbringen könne.<sup>119</sup> Als Nahprojekt erachtete man 1956 die Errichtung von zwei Internaten für 450-500 Studenten bis 1957 für erforderlich, wobei sich drei Studenten jeweils eine Wohneinheit von Wohn-, Arbeitszimmer und Kleinküche teilen sollten.

Foto: UAC 502/1082

Foto: UAC 502/5130

In den Fernplanungen bis 1965 plante man jedoch neben diesen beiden Internatsgebäuden die Errichtung von drei weiteren für insgesamt 920 Studenten.<sup>120</sup> Bis 1965 entstanden schließlich drei Wohnheime am Thüringer Weg.<sup>121</sup>

Die sich aus der raschen Entwicklung der Hochschule für Maschinenbau ergebende Raumnöte und der Versuch, dieser mit dem Bau von den nötigsten Internats- und Institutsgebäuden mit den dazugehörigen Hallen zu begegnen, war nicht nur ein in Karl-Marx-Stadt zu beobachtendes Phänomen, auch die eine ähnliche Entwicklung nehmende Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau entfaltet zwischen 1956 und 1966 eine rege Bautätigkeit mit der Errichtung von vier Internaten, zwei Institutsgebäuden und einer großen Maschinenhalle.

### ***Die Hochschule für Maschinenbau wird Technische Hochschule***

Anlässlich der viertägigen 10-Jahresfeier der Hochschule für Maschinenbau, die vom 8. bis 12. Oktober 1963 dauerte, verlieh der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen Prof. Ernst-Joachim Gießmann ihr, fast zeitgleich mit der ebenfalls 1953 gegründeten Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau<sup>122</sup>, den Status Technische Hochschule. Zugleich wurde den Fakultäten für Maschinenbau und für Technologie das Habilitationsrecht verliehen; das Promotionsrecht besaßen diese ja bereits seit 1957.<sup>123</sup> Der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften war sowohl das Promotions- als auch das Habilitationsrecht schon im März 1963 erteilt worden.<sup>124</sup> Kurioserweise führte die Fakultät für Technologie schon im Mai 1963, also vor der offiziellen Verleihung des Habilitationsrechts, die erste Habilitation durch. Erster Habilitand war Dr. Rudolf Martini.<sup>125</sup> Die Fakultät für Technologie war es auch, die 1961 mit dem Oberassistenten im Institut für Technologie des Maschinenbaus August Janowitz die erste Promotion durchgeführt hatte.<sup>126</sup>

Zu den Feierlichkeiten des 10-jährigen Bestehens der Hochschule in Karl-Marx-Stadt gehörte auch die Investitur des neuen Rektors Prof. Dr. Hans Jäckel<sup>127</sup>, der Nachfolger von Nebel wurde. Nebel hatte krankheitsbedingt auf eine erneute Kandidatur verzichtet.<sup>128</sup> In seiner Abschiedsrede ging Nebel vor allem auf die Forschung an der Hochschule während seiner Amtszeit

ein. In der Vertragsforschung, bekanntlich ein wichtiger Gradmesser für die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Hochschule, sei ein starker Anstieg seit 1961 zu verzeichnen. Während 1961 20 Verträge mit einem Gesamtwert von 109.000 Mark bestanden, war deren Zahl 1962 bereits auf 31 mit einem Gesamtwert von 290.000 Mark gestiegen. Des Weiteren habe sich die Zahl der bearbeiteten Forschungsthemen von 40 im Jahre 1961 auf aktuell 59 erhöht. Die Forschung im Kollektiv fände an der Hochschule bereits in den Arbeitsgemeinschaften „Plaste im Maschinenbau“ und „Spannungsoptik“ statt. Weiterhin sei in den Jahren 1961 bis 1963 die Zahl der Veröffentlichungen von 139 auf 181 gestiegen, die der Vorträge von 93 auf 238, die der Tagungen von sechs auf sieben, die der Buchpublikationen von vier auf elf und die der erteilten Patente von einem auf drei.<sup>129</sup>

Von ersten Äußerungen bis zur offiziellen Ernennung der Hochschule für Maschinenbau zur Technischen Hochschule vergingen über zwei Jahre. Eine erste Andeutung findet sich bei den Feierlichkeiten zur Amtseinführung des neuen Rektors Nebel am 29. März 1961 und zwar von Seiten des Ersten Stellvertreters des Staatssekretärs für Hoch- und Fachschulwesen Dahlem. Dieser lobte die sehr gute Zusammenarbeit der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt mit den örtlichen Betrieben, die sich in der Mitgliedschaft von Industrievertretern in den Fakultätsräten und in der Berücksichtigung der Interessen der Wirtschaft bei der Themenstellung von Diplomarbeiten manifestiere. In der Perspektive werde sich die Hochschule zu einem „wissenschaftlich-technischen Zentrum des Bezirkes Karl-Marx-Stadt entwickeln“. Besonders aufhorchen ließ jedoch die Äußerung Dahlems: „Bedingt durch die weitere Entwicklung des Maschinenbaus und des größeren Bedarfs an Diplomingenieuren in der Volkswirtschaft wird sich das Profil der Hochschule verbreitern, neue Ausbildungsrichtungen werden hinzukommen und sie wird sich zur polytechnischen Hochschule entwickeln.“<sup>130</sup> Damit war das Wort gefallen, das von diesem Tag an die Bemühungen der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt um die Verleihung des Status einer Technischen Hochschule begleitete.

Der Senat der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt diskutierte diese Äußerung einen Monat nach der Rede Dahlems in einer Sitzung am 26. April

1961. Um schnell voranzukommen, wurde die bevorstehende 125-Jahrfeier der Staatlichen Akademie für Technik Chemnitz als geeigneter Anlass für die Umbenennung der Hochschule in „Technische Hochschule“ angesehen, denn dieser Zeitpunkt würde noch im Jahr 1961 liegen. Das Bemühen der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt, den Status einer Technischen Hochschule noch im Jahr 1961 zu erreichen, erklärte sich aus dem Umstand, dass dies der Schwesterhochschule in Magdeburg schon im Mai 1961 gelungen war.<sup>131</sup> Anders als in Magdeburg, wo mit dem ehemaligen Bürgermeister Otto von Guericke ein würdiger Namensgeber gefunden war, sahen die Senatoren in Karl-Marx-Stadt eine Lösung der Namensfrage darin, dass „der Name des Hochschulortes eine Verpflichtung für alle Angehörigen der Hochschule darstellt“. In diesem Sinne wurde am 6. Mai 1961 der Antrag auf Umbenennung in „Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt“ beim Staatssekretariat eingereicht, wobei ausdrücklich gebeten wurde, möglichst bis Ende Juli zu entscheiden, „da hiervon wesentlich der Charakter der Durchführung der 125-Jahrfeier der

Staatlichen Akademie abhängig ist“.<sup>132</sup>

Tatsächlich wurde in Berlin längst nicht so schnell gehandelt wie in Karl-Marx-Stadt erhofft. Die Voraussetzung für die Verleihung des erhofften Titels hatte Dahlem jedoch erwähnt und sie wurde in der Folgezeit des öfteren wiederholt. So von Rektor Nebel in einer Sitzung der Hochschulparteileitung im Mai 1961: „Wir müssen uns ja auch zur polytechnischen Hochschule entwickeln.“<sup>133</sup> Im Senat plante man, nun auch an der I. Fakultät Fachrichtungen einzurichten.<sup>134</sup> Die Hoffnung, innerhalb kürzester Zeit Technische Hochschule zu werden, wich jedoch recht schnell der Erkenntnis, dass dies wohl erst in zwei Jahren möglich sein werde. Im November des Jahres 1961 schrieb Rektor Nebel an den Oberbürgermeister der Stadt Karl-Marx-Stadt Kurt Müller: „Wir sind dabei, uns von einer Hochschule speziell für Maschinenbau zu einer allgemeinen Technischen Hochschule zu entwickeln. Dieses Ziel soll bis 1963 erreicht werden.“<sup>135</sup> Mit dieser Bemerkung hoffte Nebel offenbar, dass die Umbenennung der Hochschule für Maschinenbau in Technische Hochschule anlässlich der Zehnjahresfeier



Foto: UAC 502/7534

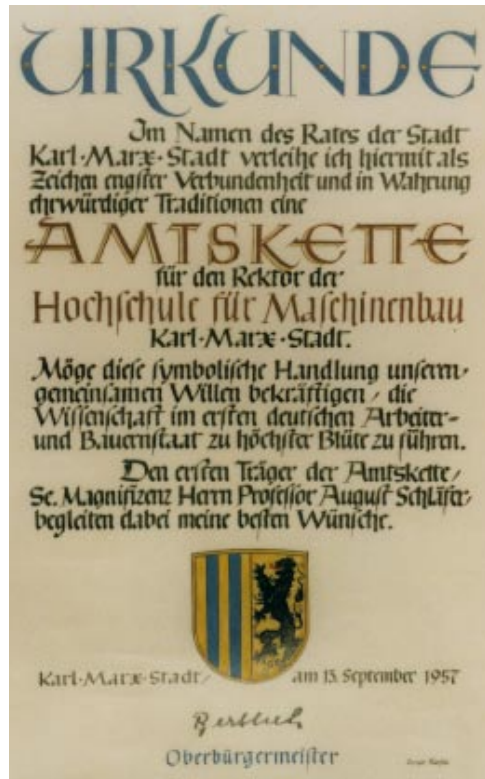


Foto: UAC 502/3983

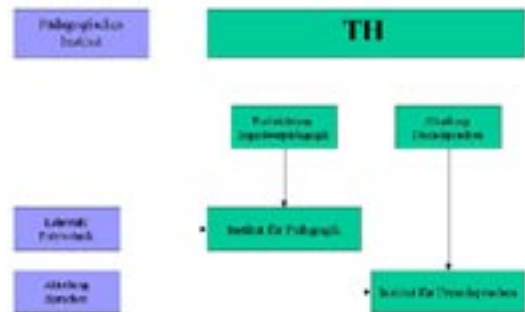
Von der Stadt Karl-Marx-Stadt 1957 verliehene Amtskette des Rektors mit Urkunde

der Hochschule für Maschinenbau vollzogen würde. In der Tat findet sich im Juli 1962 eine Vorlage im Staatssekretariat zu den Feierlichkeiten „aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau, der TH Magdeburg und der Hochschule für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt im Jahre 1963“, in der auch von Umbenennungen gesprochen wird.

Als Begründung wurde für die noch umzubenennenden Hochschulen in Ilmenau und Karl-Marx-Stadt angeführt, dass sie große Leistungen in der „Ausbildung sozialistischer Kader in der DDR“ vollbracht und sich auch durch wissenschaftliche Veranstaltungen gemeinsam mit ihren Partneruniversitäten aus dem sozialistischen Ausland international Ansehen verschafft hätten. Hervorgehoben für alle drei Hochschulen wurde ihre „außerordentliche Entwicklung der Vertragsforschung“, die sie zu „wissenschaftlich-technischen Zentren“ gemacht hätte, „die eine außerordentlich enge Verbindung zur sozialistischen Praxis besitzen“.<sup>136</sup> In einer weiteren Vorlage über die Feierlichkeiten vom März 1963 präziserte der stellvertretende Staatssekretär Hermann Tschersich, dass die Umbenennung der Hochschulen Ilmenau und Karl-Marx-Stadt in Technische Hochschulen Anfang Oktober 1963 durchgeführt werde. Anerkannt wurde der Wandel der als Spezialhochschulen gegründeten Bildungsstätten zu polytechnischen Hochschulen im Laufe der letzten zehn Jahre. Die Umbenennung auch der Hochschulen Karl-Marx-Stadt und Ilmenau sei dadurch gerechtfertigt, dass ihre Leistungen in Lehre und Forschung „in keiner Weise“ denen der TH Magdeburg nachstünden.<sup>137</sup> Der Statusänderung der Hochschule Karl-Marx-Stadt wurde auch in der Gestaltung der Amtskette des Rektors Genüge getan. Sie war der Hochschule 1957 von der Stadt gestiftet worden. Mit der Verleihung des Promotionsrechts an die Fakultät für Technologie hatte der damalige Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt Kurt Berthel Rektor Schläfer diese Amtskette umgehängt. Im Oktober 1964 wurde sie nun, ergänzt um die Inschrift „Technische Hochschule“ und ein Abbild von Karl Marx, der Hochschule anlässlich des 15. Jahrestages der Gründung der DDR erneut verliehen, diesmal allerdings vom Rat des Bezirks Karl-Marx-Stadt.<sup>138</sup>

### **Die Eingliederung des Pädagogischen Instituts Karl-Marx-Stadt**

Seit der Rede des Stellvertreters des Staatssekretärs Dahlem von 1961 wussten die Verantwortlichen an der Hochschule für Maschinenbau, dass an die Verleihung des Status einer Technischen Hochschule die Bedingung geknüpft war, der Volkswirtschaft mehr und breiter ausgebildete Absolventen zur Verfügung zu stellen. Schlüsselwort hierfür war das Wort „polytechnisch“, also eine Erweiterung der vorhandenen Ausbildungspalette. Dies geschah in den folgenden Jahren besonders durch den Auf- und Ausbau der Lehrerbildung an der Hochschule für Maschinenbau. Die Lehrerbildung begann in Karl-Marx-Stadt 1956 mit der Gründung des Pädagogischen Instituts zur Deckung des großen Bedarfs an Lehrern für die Klassen fünf bis zehn. In den Jahren 1958 bis 1961 erfolgte der Aufbau der einzelnen Lehrstühle in den Fächern Mathematik, Physik, Grundlagen der Produktion, Körpererziehung, Deutsch und Musik. Das Pädagogische Institut Karl-



**Eingliederung des Pädagogischen Instituts 1965**

Marx-Stadt teilte sich auf in den Hauptstandort Karl-Marx-Stadt, Friedrich-Engels-Straße (Humboldthöhe mit zusätzlichen Baracken) und eine Außenstelle in Zwickau-Eckersbach (ab 1959 Lehrgebäude, sechs Wohnheime mit insgesamt 550 Plätzen).<sup>139</sup> Das rasche Wachstum des Pädagogischen Instituts zeigt sich in der steigenden Zahl der Direktstudenten von 345 im Jahre 1957 auf 1.131 im Jahre 1963 (zum Vergleich: Direktstudenten an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt 1963: 1.537).<sup>140</sup> Die Gesamtzahl der am Pädagogischen Institut immatrikulierten Studenten, einschließlich der Fern- und Abendstudenten, betrug 1963 sogar 1.310 Studenten (TH: 2.028).<sup>141</sup> Die Integration der Lehrerstudenten des Pädagogischen

Institut, deren Zahl in etwa der bisherigen Gesamtzahl aller Studierenden an der früheren Hochschule für Maschinenbau nahe kam, würde der frischgekurten Technischen Hochschule endlich den polytechnischen Charakter geben und sich außerdem der schon für 1960 vom Gründungsbeschluss 1953 vorgegebenen Zahl von 3.250 Studenten nähern.

Mit dem Beginn der Ausbildung von „Diplom-Gewerbelehrern“ in den Vertiefungsrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik durch die Einrichtung der Fachrichtung Ingenieur-Pädagogik an der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften 1963 tat die Technische Hochschule nach den Worten des mit dem Aufbau dieser Fachrichtung beauftragten Dr. Heinz Hofmann (Institut für Chemie) der „engen Verschmelzung der allgemeinbildenden und polytechnischen Ausbildung mit der beruflichen durch das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ Genüge.<sup>142</sup> Damit war schon vor dem Zusammengehen mit dem Pädagogischen Institut die Basis für die Lehrerbildung an der TH geschaffen.

Schon Jahre vor der Eingliederung des Pädagogischen Instituts in die TH Karl-Marx-Stadt sprach man von der dringend notwendigen Erweiterung der Forschung an der Hochschule durch pädagogische Inhalte. Die Ergänzung der technisch-naturwissenschaftlichen Ausrichtung der Hochschule durch die geisteswissenschaftlichen Fächer des Pädagogischen Instituts wie Germanistik und Musik erachtete man als durchaus vorteilhaft. Aber auch das Pädagogische Institut würde aus einer engen Zusammenarbeit Vorteile ziehen. Es gab am Pädagogischen Institut in Karl-Marx-Stadt bisher keine umfangreiche Forschung, da die Mitarbeiter nicht ausreichend wissenschaftlich qualifiziert, die räumlichen Verhältnisse sowie die Ausstattung unzureichend waren und die Zahl der Lehrstühle für eine breite wissenschaftliche Forschungstätigkeit zu gering war. Wollte man also zu einer ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Einrichtung werden, musste man sich entweder eigenständig möglichst schnell zu einer voll leistungsfähigen (Pädagogischen) Hochschule entwickeln oder aber die Zusammenarbeit mit der Hochschule für Maschinenbau suchen. Eine überschlägige Zusammenstellung der Kosten für Neubauten und Ausstattung aus dem Jahre 1961 hatte ergeben, dass die eigenständige Entwicklung des Pädagogischen Instituts eine Zeitspanne von 10 bis 15 Jahre umfassen

und die kostspielige Errichtung von Neubauten erfordern würde, „die im Stadtgebiet in ähnlicher Weise schon vorhanden sind bzw. aus anderen Gründen in kürzerer Zeit ohnehin erbaut werden“. Für wesentlich effektiver hielt man daher eine Zusammenarbeit mit der Hochschule für Maschinenbau, da man hieraus „sofort“ und „ohne umfangreiche Investitionen“ hochqualifizierte Kader gewinnen könne. Im Zuge der bevorstehenden Statuserhöhung der Hochschule für Maschinenbau zur Technischen Hochschule sollte dann die pädagogische Abteilung zu einer eigenen Fakultät mit alleiniger Befugnis zur Ausbildung von Lehrern ausgebaut werden.<sup>143</sup>

Ebenfalls aus dem Jahre 1961 stammte ein Gutachten der Hochschule für Maschinenbau, das der Direktor des Instituts für Mathematik und spätere Rektor Prof. Dr. Hans Jäckel zusammen mit dem Direktor des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik Rudolf Ludloff erstellte. Darin wurde das vom Vertreter des Direktors des Pädagogischen Instituts Prof. Dr. Fritz Beckert geäußerte Vorhaben, das Pädagogische Institut Karl-Marx-Stadt zu einer Pädagogischen Hochschule zu entwickeln, abgelehnt. Nicht zwei kleine Hochschulen am gleichen Ort seien anzustreben, sondern „eine große Hochschule mit internationalem Gewicht“.<sup>144</sup> So wurde in einer Beratung der Bezirksleitung der SED im April 1962, an der auch Vertreter des ZK, des Ministeriums für Volksbildung, des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen und der beiden beteiligten Institutionen teilnahmen, die Bildung einer Kommission beschlossen, die detaillierte Vorschläge für eine Zusammenlegung des Pädagogischen Instituts mit der Hochschule für Maschinenbau unterbreiten sollte. Diese schlug wenig später, im Mai 1962, „auf Grund der außerordentlich günstigen Voraussetzungen“ eine Vereinigung schon bis 1. September 1962 vor.<sup>145</sup>

Zu lösen war in dieser Phase die Problematik der unterschiedlichen Unterstellung unter das Staatssekretariat einerseits und unter das Ministerium für Volksbildung andererseits. Die damalige Ministerin für Volksbildung Margot Honecker hatte beispielsweise starke Vorbehalte gegen die Verlegung geisteswissenschaftlicher Fächer wie Germanistik und Musik an eine naturwissenschaftlich-technische Hochschule.<sup>146</sup> Deshalb kam es nicht zu einer Vereinigung im September, sondern zu einem „Vertrag der engen Zusammenarbeit

zwischen der Hochschule für Maschinenbau und dem Pädagogischen Institut Karl-Marx-Stadt“, den der Rektor der Hochschule Nebel und der Direktor des Pädagogischen Instituts Johannes Schwarzenberg im November 1962 schlossen. Vereinbart wurde, die Erfahrungen der Zusammenarbeit nach Ablauf des Studienjahres 1962/63 auszuwerten, „um auf ihrer Grundlage den Zusammenschluß der beiden Einrichtungen zu vollenden“. Der Direktor des Pädagogischen Instituts sollte Mitglied im Senat der Hochschule für Maschinenbau werden und die Leiter der Bereiche Mathematik und Physik beider Institutionen sollten an den Leitungssitzungen des Bereichs der jeweils anderen Institution teilnehmen. In den weiteren Paragraphen war von der Einrichtung einer Pädagogischen Fakultät nicht mehr die Rede. Stattdessen wurde lediglich die Zusammenarbeit der Lehrstühle des Pädagogischen Instituts als „gleichgestellte Hochschulinststitute“ mit ihren fachlichen Pendants an der Hochschule geregelt.<sup>147</sup>

Nachdem der erste Plan zur Eingliederung des Pädagogischen Instituts zunächst einmal zugunsten einer Kooperation mit Aussicht auf eine Vereinigung nach Ablauf des Studienjahres 1962/63 aufgeschoben worden war, griff man dieses Thema erst Ende 1964 wieder auf. In einer Stellungnahme erläuterte die Kommission zur Eingliederung des Pädagogischen Instituts dem Staatssekretär Gießmann, dass die Eingliederung nach umfassenden Gesprächen mit allen Beteiligten zwischen dem 1. Januar und dem 31. März 1965 erfolgen solle.

Die Einrichtungen des Pädagogischen Instituts, die nach dem Kooperationsvertrag vom November 1962 mit ihren Pendants an der TH zusammengearbeitet hatten, wurden nunmehr integriert. Von den hochfliegenden Plänen einer Pädagogischen Hochschule oder wenigstens einer Pädagogischen Fakultät blieb als rein aus Lehrstühlen des ehemaligen Pädagogischen Instituts bestehende Einrichtung nur ein Institut für Pädagogik an der Fakultät Mathematik/ Naturwissenschaften. In Aussicht gestellt wurde lediglich die Möglichkeit einer späteren Verleihung des Promotionsrechts zum Doktor der Pädagogik.<sup>148</sup>

Der Forderung Jäckels von 1962, eine einheitliche Leitung der Lehrerausbildung nach dem Zusammenschluss mit dem Pädagogischen Institut zu gewährleisten,<sup>149</sup> wurde durch die Schaffung eines

Prorektorats für Lehrerbildung und die Immatrikulation aller Lehrerstudenten an der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaft im Jahre 1965 erfüllt. Prorektor für Lehrerbildung wurde Fritz Beckert, der Verhandlungsführer des Direktors des Pädagogischen Instituts aus den Tagen der ersten Kontaktaufnahme.<sup>150</sup> Bis Mitte 1965 sollten alle Gebäude des Pädagogischen Instituts an die TH übergeben sein. Mit der Außenstelle



Foto: UAC 502/7011

Humboldtschule an der Ecke Fürstenstraße/ Humboldtplatz, um 1980

Zwickau des Pädagogischen Instituts Karl-Marx-Stadt wurde vertraglich nach einer gewissen Übergangszeit die Schließung zum Beginn des Studienjahres 1967/68 vereinbart.<sup>151</sup>

Tatsächlich wurde der Standort Zwickau nicht geschlossen, sondern entwickelte sich zur Pädagogischen Hochschule, so dass die Germanistik und die Musikerziehung nicht nach Karl-Marx-Stadt überführt wurden, sondern weiter in Zwickau verblieben.

Der Zuwachs durch die Lehrerstudenten des Pädagogischen Instituts war für die Technische Hochschule zwar ein wichtiger Schritt zu einer „polytechnischen Hochschule“, brachte aber auch Kapazitätsprobleme mit sich, da nun nahezu die doppelte Zahl an Studenten mit Wohnraum versorgt werden musste. Zwar wechselten mit dem Pädagogischen Institut Wohnheimkapazitäten in Gestalt dreier Internate in Karl-Marx-Stadt und Außenstellen in Augustusburg und Leukersdorf in den Besitz der TH, das Pädagogische Institut hatte aber schon vor der Zusammenlegung mit gravierenden Unterbringungsproblemen zu kämpfen. Eine Statistik aus dem Jahr 1963 führte die Belegung der 735 vorhandenen Wohnheimplätze mit 869 Studenten auf, was einer Auslastung von knapp 120 % entsprach.<sup>152</sup> Dementsprechend plante man am Päda-

gogischen Institut einen Internatsneubau, der mit der Eingliederung des Pädagogischen Instituts von der TH mit übernommen wurde. Im Juli 1966 wurde dieses Gebäude an der Reichenhainer Straße 51 in Dienst gestellt.

### **Die Gründung der Fakultät für Elektrotechnik**

Als Schläfer im Jahre 1957 die erste offizielle Feinstruktur seiner Hochschule in einer Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats für Maschinenwesen beim Staatssekretariat vortrug, erwähnte er bereits das Institut für Elektrotechnik als eines von zehn Instituten der Fakultät für Maschinenbau. Der Direktor des 1955 gegründeten Instituts Woschni, war unter den damaligen Institutsdirektoren mit 28 Jahren der jüngste. Die Elektrotechnik war zu diesem Zeitpunkt an der Hochschule für Maschinenbau noch nicht so weit entwickelt, dass sie eine eigene Fachrichtung stellte, sondern das Institut für Elektrotechnik war lediglich für die Grundlagenausbildung von Maschinenbaustudenten in der Elektrotechnik zuständig. Die anfangs starkstromtechnische Orientierung (elektrische Antriebe) wurde zunehmend ergänzt durch die Regelungstechnik, also Mess- und Steuergeräte, die der Informationsverarbeitung dienen.<sup>153</sup> Die Konzentration auf regelungstechnische Prozesse verschaffte dem Institut für Elektrotechnik eine Bedeutung, die auch an zentraler Stelle vermerkt wurde. In dem schon an anderer Stelle erwähnten Papier des ZK von 1958 hieß es dazu: „Dem Institut für Elektrotechnik fallen bei der zusätzlichen Ausbildung von Ingenieuren der verschiedenen Fachrichtungen mit regelungstechnischen Kenntnissen große Aufgaben zu, denn die Fragen der elektronischen Regelung und Steuerung von Werkzeugmaschinen, Textilmaschinen usw. treten immer mehr in den Vordergrund.“<sup>154</sup>

Diese Äußerung kam nicht von ungefähr, da in Berlin schon früh die Bedeutung der Elektrotechnik als Zukunftstechnologie erkannt wurde. Kurz vor der Gründung des Instituts für Elektrotechnik forderte Ulbricht auf dem IV. Parteitag der SED 1954, dass der „Schwerpunkt der weiteren Entwicklung in der DDR [...] in den nächsten Jahren auf dem Gebiet der Festkörperphysik, Elektronik und Plasmaphysik liegen“<sup>155</sup> müsse. Kurz nach Gründung des Instituts für Elektrotechnik wiederholte Ulbricht seine Forderung

nach Entwicklung der Elektronik: „Wir müssen [...] mit einer neuen industriellen Umwälzung beginnen [...] bestimmte Arbeiten maschinell zu lösen, zum Beispiel durch die Produktion von Elektrorechnern sowie die Entwicklung von Halbleitergeräten für bestimmte Zwecke.“<sup>156</sup>

Im Jahre 1964 erfolgte mit der Gründung des Instituts für Regelungstechnik aus der gleichnamigen Abteilung des vorhandenen Instituts für Elektrotechnik die weitere Ausdifferenzierung der Elektrotechnik. Auch dies war eine Reaktion auf zentrale Forderungen wie Ulbricht sie auf dem VI. Parteitag der SED 1963 formulierte: Benötigt würden „Maschinen, Geräte und Anlagen für die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse einschließlich Meß- und Regelungstechnik. Zum besonderen Schwerpunkt wird die schnelle Entwicklung der Elektrotechnik und Elektronik. [...] Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Volkswirtschaft verlangt ferner eine schnelle Produktionssteigerung bei folgenden Erzeugnisgruppen: elektrische und elektronische Meß- und Prüfgeräte, elektronische Bauelemente [...], automatische Regler.“<sup>157</sup>

Diese Gedanken nahm in Karl-Marx-Stadt der Direktor des Instituts für Elektrotechnik Woschni auf, als er den Ausbau der Elektrotechnikausbildung forderte, „da der moderne Maschinenbau ohne Elektrotechnik und Regelungstechnik bereits heute undenkbar ist und dieser Entwicklung bereits heute bei der Ausbildung der Maschinenbauer Rechnung getragen werden muß“.<sup>158</sup> Im Juni 1964 unternahm das Staatssekretariat konkrete Schritte. Zur monatlichen Sitzung des Senats erschien der Stellvertreter des Staatssekretärs Günther Bernhardt. Sein Besuch bewirkte, dass der angekündigten Tagesordnung ein neuer Punkt vorangestellt wurde. Bernhardt führte aus, man sei im Staatssekretariat zu der Überzeugung gelangt, dass an der TH Karl-Marx-Stadt eine Fakultät für Elektrotechnik gegründet werden müsse. In seinen Erläuterungen hierzu lieferte er sogar konkrete Zielvorgaben: Im Zuge der Erweiterung der gesamten Ausbildungskapazität der TH Karl-Marx-Stadt auf 6.000 Studenten bis 1980 sollte die Fakultät für Elektrotechnik einen Anteil von einem Drittel haben. Die Kapazität der neuen Fakultät müsse allerdings langsam mit kleinen Gruppen aufgebaut werden. 1968 rechnete Bernhardt mit der Immatrikulation von 400 Elektrotechnik-Studenten an der Hochschule. Für



die Umsetzung schlug er die Bildung einer speziellen Senatskommission vor, die bis Oktober 1964 dem Staatssekretariat eine Vorlage einreichen sollte. Als Direktor des Instituts für Elektrotechnik, das neben dem Institut für Regelungstechnik die Basis für die künftige Fakultät bilden sollte, brachte Woschni zum Ausdruck, dass die neue Fakultät nicht in Konkurrenz zu den vorhandenen Einrichtungen an den Hochschulen in Ilmenau und Dresden treten wolle. Vielmehr sollte sie auf das Gebiet Maschinenbau beschränkt bleiben. Woschni hatte schon in dieser Sitzung konkrete Vorstellungen einrichtender maschinenbautechnischer Fachrichtungen: Automatisierung, Elektronik und Datenverarbeitung, Bauelemente der Elektronik und Industrielle Elektronik. Das Erreichen der vollen Kapazität hielt er schon 1968 für möglich, nachdem 1965 mit einer ersten kleinen Gruppe gestartet werden sollte.<sup>159</sup>

Die von Bernhardt vorgeschlagene Senatskommission unter Leitung Woschnis tagte ab dem 1. Juli 1964. In der zweiten Sitzung legte man die Aufteilung der Studenten auf die einzelnen Fachrichtungen fest. Die stärkste Fachrichtung der kommenden Fakultät sollte die Automatisierung mit 40 % Studentenanteil sein, gefolgt von 30 % bei den Bauelementen der Schwachstromtechnik; auf die Elektronik und Datenverarbeitung sollten 20 % und auf die Industrielle Elektronik 10 % der Studenten entfallen.<sup>160</sup> Wenig später waren auch schon die einzelnen Institute der neuen Fakultät festgelegt. In einer Übergangsperiode bis 1969 sollte das Institut für Regelungstechnik aus der Fakultät für Maschinenbau in die neue Fakultät übernommen werden. Das Institut für Elektrotechnik gliederte man in mehrere Institute (Grundlagen der Elektrotechnik, Schwachstromtechnik, Starkstromtechnik) und einige Institute wurden neu gebildet (Bauelemente der Schwachstromtechnik und Festkörperphysik, Feinmechanische Konstruktion). Für den Anfang plante man 100 Studenten. Im Endausbau nach 1969 sollte die Fakultät um vier weitere, durch Trennung vorhandener zustande gekommene Institute (Bauelemente der Regelungstechnik, Automatisierung, Information sverarbeitung, Elektronik) wachsen und die Zahl der Neumatrikulationen sich auf die von Bernhardt genannten 400 pro Studienjahr erhöhen.<sup>161</sup>

Im November 1964 stellte die Technische Hochschule beim Staatssekretariat den Gründungsantrag mit der

Bitte, diesen möglichst bis zum 1. Januar 1965 zu genehmigen, da man vor Beginn des neuen Studienjahres einen gewissen Vorlauf benötige.<sup>162</sup> Die offizielle Gründung durch Staatssekretär Gießmann erfolgte jedoch erst am 1. April 1965, Gründungsdekan war Woschni.<sup>163</sup>



Gründungsurkunde der Fakultät für Elektrotechnik

Schon bald war klar, dass die neue Fakultät zusätzlichen Raum benötigte, um die laut Plan vorgesehene Studentenzahl zu erreichen. Anfang Juli 1964 stellte das Staatssekretariat einen Maßnahmenplan zum Aufbau der Fakultät für Elektrotechnik auf. In diesem wurde die TH beauftragt, den benötigten Baubedarf bei einer Kapazität von 2.000 Elektrotechnik-Studenten im Jahre 1970 festzustellen und hierfür einen Bauplan bis zum 31. März 1966 vorzulegen, damit der Baubeginn der ersten Objekte Anfang 1968 erfolgen könne.<sup>164</sup> Zwei Tage nach Eingang stellte die eingesetzte Senatskommission Überlegungen zu den benötigten Gebäuden vor. Vorgesehen waren zwei Internate, ein Hörsaalgebäude und ein Institutskomplex mit Laborräumen und einer Maschinenhalle. In der darauffolgenden Besprechung

legte man bereits Zahlen fest: Der Bedarf an Internatsplätzen im Endausbau (nach 1969) wurde mit 1.400 angegeben, unter Berücksichtigung dessen, dass 30 % der Studierenden bei ihren Eltern wohnen kann. Gut die Hälfte der vorgesehenen Internatsplätze plante man, noch vor dem Jahr 1970 zur Verfügung zu haben. An der Reichenhainer Straße sollte das Hörsaalgebäude entstehen mit einem großen Hörsaal (500 Plätze) und zwei kleinen Auditorien (200 bzw. 300 Plätze). Weiterhin plante man bis 1970 die Übergabe des Institutskomplexes mit Laborräumen und Maschinenhalle. Bis zum Bezugstermin war eine Unterbringung in „Altbausubstanz“ vorgesehen.<sup>165</sup> Ende 1965 waren an der Fakultät für Elektrotechnik 190 Direkt- und 23 Abendstudenten eingeschrieben.<sup>166</sup> Dies machte folglich einen mehr als bescheidenen Teil der durch den Anschluss des Pädagogischen Instituts erheblich erweiterten Gesamtstudentenzahl aus (2.905 Direktstudenten, 1.168 Fern- und Abendstudenten). Der vom Staatssekretariat in seinem Maßnahmenplan geforderte Bauplan für die Fakultät für Elektrotechnik entstand Mitte 1966 im Rahmen eines größeren Projekts zur Zukunftsplanung, der „Technisch-ökonomischen Zielstellung zum Investitionsvorhaben zur Erweiterung der TH Karl-Marx-Stadt“ (TÖZ). An ihr wesentlich beteiligt waren der Aufbauleiter der Hochschule Burkhardt, der als Aufbauleiter für die Planung, Vorbereitung und Durchführung sämtlicher Neubauvorhaben einschließlich der Ausstattung der Neubauten mit Maschinen, Geräten und Einrichtungsgegenständen zuständig war. Dabei arbeitete er immer eng mit den späteren Nutzern, also den Professoren und Dozenten der jeweiligen Fachrichtungen zusammen.<sup>167</sup> Bei der Fakultät für Elektrotechnik war dies anfangs der Direktor des Instituts für Elektronische Bauelemente Prof. Dr. Reinhold Paul<sup>168</sup>. Hinzu kam der Direktor des Instituts für Starkstromtechnik Prof. Dr. Peter-Klaus Budig, ein Mann aus der Praxis<sup>169</sup>, der im Jahre 1965 die Einladung Woschnis, den er aus dem Studium bereits kannte, an die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt annahm. Für die Aufstellung der TÖZ ließ der Rektor ihren Verfassern im Rahmen der staatlichen Vorgaben weitest gehende Freiheiten. Da die neue Fakultät nicht aus dem Nichts entstand, sondern bereits ein Institut für Elektro- und Regelungstechnik existierte, arbeitete dieses durch Vorschläge hinsichtlich Fachrichtungen,

Flächen oder Praktika an der TÖZ mit.<sup>170</sup> In der TÖZ sah man für die Zeit jenseits der Marke 1970 einen Spitzenstand der Gesamtstudentenzahl von nunmehr 10.000 Studenten bis 1980 vor (darin 8.000 Direktstudenten). Die Fakultät für Elektrotechnik sollte davon 2.500 Studenten (2.300 Direkt- und 200 Abendstudenten) aufnehmen. Die vorhandene Zahl von insgesamt 1.795 Internatsplätzen würde hierfür bei weitem nicht ausreichen, für eine befriedigende Entwicklung müssten jährlich von 1968 bis 1976 500 Internatsplätze hinzukommen. Geschähe dies nicht, „müssen die Zulassungen im Jahr 1967 stark reduziert werden“.<sup>171</sup>

Die Bauplanung gliederte sich in vier Teilvorhaben: Im ersten Teilvorhaben sollten eine Mensa und zwei Internate entstehen; Teil zwei sah die Errichtung des Fakultätsgebäudes für Elektrotechnik in zwei Bauabschnitten und eines Hallengebäudes vor, Teil drei bestand im Bau von zwei Internatsgebäuden bis 1968, die bis zur Fertigstellung des gesamten Institutskomplexes 1972 von der Fakultät für Elektrotechnik genutzt werden sollten. Die Gesamtinternatskapazität wollte man durch Bauten in den Folgejahren auf insgesamt 4.500 Plätze erweitern. Das Bauvorhaben Teil vier für die Zeit nach 1970 beinhaltete die Errichtung eines Hörsaalgebäudes und eines Institutsgebäudes für Technologie der Plaste, für Längenmesstechnik und für Werkstofftechnik mit einem Hallengebäude. Ein neues Hallengebäude für Umform- und Schweißtechnik sollte die vorhandene Halle für Werkzeugmaschinenbau entlasten. Schließlich plante man noch ein Institutsgebäude für die Institute einer zukünftigen Philosophisch-Pädagogischen Fakultät.

Diese Planungen unterschieden sich in ihrem Umfang erheblich von den eher bescheidenen Vorstellungen des Jahres 1964. So sollte das Hörsaalgebäude nicht 1.000, sondern 2.400 Plätze bieten und nicht drei, sondern acht Hörsäle aufweisen. Als Fakultätsgebäude war ein teils vier-, teils achtgeschossiger Bau vorgesehen.<sup>172</sup> Entgegen den Planungen verschoben sich selbst die vor 1970 erwarteten Gebäudeübergaben auf die Zeit danach. Die Probleme bei der Durchführung von baulichen Maßnahmen lagen nach den Worten des Aufbauleiters Burkhardt nicht beim Geld („das Geld war bei Vorhaben eigentlich nie das Problem“), sondern in der Bilanzierung der dafür benötigten Baukapazität.<sup>173</sup>

### Die III. Hochschulreform

In der Entwicklung der Hochschulen in der DDR stellte die III. Hochschulreform eine Zäsur dar. Reformiert wurden die Hochschulen in Hinsicht auf ihre Organisationsstruktur (Leitungsorgane, Zusammenfassung der Institute zu größeren Sektionen, Bildung von Ingenieurhochschulen), ihre Studienpläne (Festlegung der Regelstudienzeit auf vier Jahre, Gliederung in Grund-, Fach-, Spezial- und Forschungsstudium, zentrale Studienpläne) und ihre Forschungstätigkeit (Konzentration auf Profillinien). Ziel dieser Reform war eine Steigerung der Effektivität der Ausbildung und Forschung und ihre strenge Bindung an die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse.

Die erste Forderung nach Veränderungen erfolgte durch das Zentralkomitee in einem Bericht an den VI. Parteitag der SED 1963. Man forderte, „zur Lösung der grundsätzlichen Fragen einer nationalen fortschrittlichen Hochschulpolitik [...] für eine demokratische Hochschulreform einzutreten“. Gerügt wurde besonders „die Verzettlung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit, das ständige Abgleiten auf Nebenfragen, die nicht unmittelbar dem Plan dienen“, des Weiteren „Tendenzen, die Wissenschaft nicht in den unmittelbaren Dienst der Entwicklung unserer materiell-technischen Basis zu stellen, sondern individuelle Ziele zu verfolgen“. Begünstigt werde diese Fehlentwicklung „durch das Fehlen zentraler Forschungsdirektiven“.<sup>174</sup> Vier Jahre später, auf dem VII. Parteitag der SED, wurde dieses Thema verstärkt wieder aufgenommen. Man forderte, „das wissenschaftlich-technische Potential entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen zu entwickeln und auf jene Schwerpunkte zu konzentrieren, die die Herausbildung einer optimalen Struktur der Volkswirtschaft bestimmen“. Ziel dieser Maßnahme sollte sein, die Hochschulen „zu höchster ökonomischer Effektivität“ zu erziehen. Gleichzeitig wurde die Losung ausgegeben, die Zahl der Naturwissenschaftler und Ingenieure bis 1980 auf das 3,5-fache zu steigern. Für veraltet hielt man die gegenwärtige Hierarchisierung der Bildungsstufen Techniker, Ingenieur und Diplom-Ingenieur. Die Konsequenz daraus war, „die fortgeschrittensten Ingenieurschulen bezüglich des Niveaus ihrer Ausbildung, der Komplexität ihres Profils, der Entwicklung des Lehrkörpers, ihrer Kapazität und

der materiell-technischen Ausrüstung schrittweise zu Polytechnischen Instituten mit Hochschulcharakter zu entwickeln“.<sup>175</sup>

Soweit die Äußerungen der Partei hinsichtlich der Notwendigkeit einer Reform. Zwischen diesen beiden Parteitagungen waren jedoch auch schon die staatlichen Organe aktiv geworden. Im Februar 1965 erließ der Ministerrat das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“, das Regelungen für alle Bildungsinstitutionen der DDR von den Einrichtungen der Vorschulerziehung bis zu den Universitäten, von Berufsausbildungsstätten bis zu Einrichtungen der Aus- und Weiterbildung von Werktätigen traf. Hinsichtlich der Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen wurde festgelegt, dass sie „bestimmt von den Erfordernissen der Wissenschaft, der Volkswirtschaft und der Gesellschaft“ sein und das die zur Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse befähigende Spezialausbildung in einem Fachgebiet in enger Verbindung zur vorhergehenden Grundlagenausbildung und zur Praxis stehen müsse. Auch die Forschung solle der Lösung wissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Schwerpunkte dienen und in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen Hochschulen und der gesellschaftlichen Praxis erfolgen. Dabei seien die Studenten in die Forschungsarbeit mit einzubeziehen. Zu Studienabschlüssen traf man nur sehr vage Aussagen.<sup>176</sup>

Eine Präzisierung erfuhr dieses Gesetz im Dezember 1965 durch die „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen. Diese „Prinzipien“ bildeten die Grundlage für die spätere Entwicklung. Als Ziel der Reform wiederholte man, Lehre und Forschung an den Bedürfnissen von Wirtschaft und Gesellschaft zu orientieren, Forschungsergebnisse der Produktion schnell zur Verfügung zu stellen und der Wirtschaft „sozialistische Kader“ zuzuführen, „die über breite wissenschaftliche Grundlagenkenntnisse verfügen, schnell wirksam werden und schöpferisch arbeiten können“. Die Studiendauer „ist auf 4 bzw. 5 Jahre [...] festzusetzen“. Vorgesehen war eine Unterteilung der Ausbildung in vier Phasen, deren jeweilige Dauer „in Abhängigkeit vom Inhalt und Umfang des Bildungstoffes in den verschiedenen Fachgebieten festgelegt“ wurde. Vorgesehen war ein Grundstudium,

in welchem gesellschaftswissenschaftliche und fachspezifische Grundlagenkenntnisse vermittelt und die Befähigung „zum Studium fremdsprachiger Fachtexte“ erteilt werden sollten. Abschluss dieser Phase bildete die Vorprüfung. Aufgabe des anschließenden Fachstudiums war, „die Methodik der wissenschaftlichen Arbeit zu lehren“ und „die Studenten zu befähigen, die Ergebnisse der Wissenschaft auf die Praxis zu übertragen und schnell auf neue Anforderungen zu reagieren“. Das erfolgreiche Bestehen der Hauptprüfung berechnete zum Führen einer Berufsbezeichnung. Weiterhin wurde auch die Möglichkeit eingeräumt, nach einem einjährigen Spezialstudium, in dem der Student auf einem selbstgewählten Gebiet „entsprechend seiner späteren Tätigkeit“ Spezialkenntnisse erwirbt und lernt, diese auf die Praxis anzuwenden, sowie nach Verteidigung einer wissenschaftlichen Arbeit das Diplom der Fakultät zu erwerben. Schließlich sah man noch die Möglichkeit eines zwei- bis dreijährigen Forschungsstudiums vor, das dem Wissenschaftler die Fähigkeit verleihen sollte, „entsprechend den Perspektivplänen der naturwissenschaftlichen, technischen und gesellschaftswissenschaftlichen Forschung einen selbständigen Beitrag zur Entwicklung des Wissenschaftsgebietes zu leisten“. Enden sollte es mit der Verleihung des Dokortitels. Ziel dieser Unterteilung war laut Staatssekretariat die Erhöhung der Effektivität des Studiums durch die „im Prinzip nicht begrenzten Möglichkeiten der Spezialisierung“, so dass „spezielle Interessen und Begabungen“ für die Gesellschaft nutzbar gemacht und das Studium bis zur Promotion von neun bis zehn Jahren auf sechs bis sieben Jahre verkürzt werden könne. Durch diese Unterteilung hoffte man, der Praxis abgestuft spezialisierte Kader zur Verfügung zu stellen und somit differenzierter auf die Anforderungen der Praxis reagieren zu können.

Für die Forschung an den Hochschulen sahen die „Prinzipien“ die Konzentration auf „komplexe Grundlagenforschungen“ mit Blick auf die jeweiligen Perspektivpläne vor. Ein „enges Zusammenwirken zwischen den Grundlagenwissenschaften und den angewandten Wissenschaften“ bei den jeweiligen Forschungsvorhaben sei unerlässlich. Besondere Bedeutung komme hierbei der Ausarbeitung von Profilen der jeweiligen Hochschulen zu. Hauptpunkt hierbei sei die Bildung von Sektionen, deren

Zustandekommen jedoch keiner Regelung unterworfen werden solle. Diese Sektionen waren sowohl in Einzelleitung als auch durch kollektive Gremien (Rat der Sektion) zu führen.<sup>177</sup> Konkretisiert wurden die in den „Prinzipien“ noch sehr vagen Andeutungen zur Sektionsbildung im Juni 1967 durch eine Verordnung des Staatssekretariats über die Sektionsbildung an Universitäten, Hochschulen und Medizinischen Akademien. Die Sektionsbildung habe dort zu erfolgen, „wo Schwerpunkte in Ausbildung und Forschung liegen, die charakteristisch und profilbestimmend für die Hochschule sind“. Die Sektion vereinige Institute und Abteilungen desselben Fachgebietes, benachbarter Disziplinen oder eines Komplexes verschiedener Fachgebiete, die vorwiegend eine gemeinsame Aufgabe in Forschung und Lehre haben. Zur Herstellung eines klaren Ausbildungs- und Forschungsprofils seien in den Sektionen die Verantwortlichkeiten für Grund-, Fach- und Spezialstudium eindeutig festzulegen. Die Sektion unterstehe in der Regel dem Dekan<sup>178</sup>, bei übergreifenden Aufgaben könne jedoch auch der Rektor die Leitung übernehmen. Die Bildung von Sektionen sei „Ausdruck des Strebens [...] die bisherige Zersplitterung der Kräfte zu überwinden“. Anträge auf Bildung von Sektionen bedürften der Genehmigung durch das Staatssekretariat.<sup>179</sup>

Ein unausgesprochener oder nur stark verklausuliert geäußelter, jedoch erheblicher Beweggrund für die Bildung von Sektionen war nichtsdestoweniger die Absicht von Staat und Partei, durch die Aufhebung der Institute an den Hochschulen die Macht der Institutsdirektoren zu brechen, die den „Fortschritt behinderten“, indem sie ihre „private Forschung“ der öffentlichen vorziehen, die westliche Entwicklung und ihre Erzeugnisse „verherrlichen“, sich nur auf ihr eigenes Fach konzentrieren und gesellschaftliche Erziehungsarbeit vernachlässigen und dies auch von ihren Assistenten verlangen würden. Man warf den Institutsdirektoren des weiteren vor, dass sie „Außenstehenden keinen Einblick in die Angelegenheiten ihres Institutes gewähren“ würden, so zum Beispiel bei der Neueinstellung von Personal, wo sie selbst entschieden, ohne vorher vorschriftsmäßig die Kaderabteilung der Hochschule zu konsultieren. Die Motive hierfür seien zu einem guten Teil in extremer Feindlichkeit gegenüber der Partei zu suchen. Ein Bericht der Staatssicherheit aus dem

Jahre 1966 stellte dies an der TH Karl-Marx-Stadt insbesondere an den Instituten für Thermodynamik, für Textilmaschinenkonstruktion und für technische Mechanik fest. Am Institut für Thermodynamik war zu diesem Zeitpunkt kein einziges SED-Parteimitglied tätig, für das Institut für Thermodynamik galt für den Anteil von Genossen: „so wenig wie möglich“<sup>180</sup> Am Institut für technische Mechanik sei man der Meinung, „daß man versuchen müsse, im Institut unter sich zu bleiben und keinen Genossen der SED einzustellen“, da „die SED [...] ein Hemmnis der demokratischen Entwicklung in der DDR [sei], und ihre führende Rolle [...] deshalb gebrochen werden“ müsse.<sup>181</sup>

Die TH Karl-Marx-Stadt reagierte auf die Verordnung des Staatssekretariats zur Sektionsbildung vom Juni 1967 vier Monate später mit einem Konzept, das der neue Rektor Prof. Dr. Hans Jäckel zusammen mit dem neuen Ersten Sekretär der SED-Betriebsparteiorganisation der Hochschule Dr. Hermann Nawroth erarbeitet hatte. Als Schwerpunkte der Ausbildung und Forschung an der TH waren danach vorgesehen: Technologie des Maschinenbaus, Verarbeitungstechnik, Bauelemente der Elektronik und Lehrerausbildung in den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen. Die bestehende Fakultätsstruktur sollte weitgehend beibehalten werden. Zusätzlich plante man die Einrichtung einer Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, die von einem bereits an der TH bestehenden Rat der Gesellschaftswissenschaften gebildet werden sollte, der sich aus den Instituten für Marxismus-Leninismus, für Fremdsprachen, für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik, für Pädagogik, für Ergonomie<sup>182</sup> und für Ökonomie des Maschinenbaus sowie den Abteilungen Studentensport und Soziologie zusammensetzte. Besondere Aufmerksamkeit wollte man auf die Fakultät für Maschinenbau verwenden, da hier schon eine Sektion (Fertigungstechnik und -organisation) gegründet worden und eine zweite (Verarbeitungstechnik) im Entstehen war. In ihnen sollte die „Vereinigung von Konstruktion, Technologie und Ökonomie in Lehre und Forschung“ gelingen, um „der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Technologie Rechnung zu tragen“.<sup>183</sup>

Es war also kein Zufall, dass diese beiden Sektionen als erste gegründet wurden, sondern sie waren eine Art „Versuchsballon“ für die neue Struktur der Sektion in dem in der DDR als äußerst wichtig und zukunfts-

trächtig angesehenen Bereich der Technologie.<sup>184</sup> Die Schwierigkeiten der Sektionsbildung zeigten sich jedoch gleich bei der Versuchs-Sektion Fertigungstechnik und -organisation. Gegen den Willen des Gründungsdirektors Piegert, der nach



Foto: UAC 502/4573

Übergabe der Gründungsurkunde der ersten Sektion durch Minister Gießmann (r.) an den künftigen Direktor Piegert (l.), Rektor Jäckel (m.), 1967

einem Vorbild an der TH Aachen in dieser Sektion nur die Bereiche des Maschinenbaus zusammenfassen wollte, wurden der Sektion auch die Ökonomie und die Werkstofftechnik zugeordnet. Schon nach kurzer Zeit musste man feststellen, dass die Gemeinsamkeiten in Erziehung, Ausbildung und Forschung gering waren und so wurde die Werkstofftechnik der Chemie und die Ökonomie der Sektion Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften angegliedert. Die Sektion hieß dann Fertigungsprozeß und -mittel.<sup>185</sup>

In der Forschung wollte sich die Technische Hochschule Karl-Marx-Stadt noch enger mit den Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) abstimmen und der Industrie Einfluss nicht nur auf die Vertrags-, sondern auch auf die Grundlagenforschung einräumen. Als Hauptpraxispartner wurden folgende VVBs genannt: „Bauelemente und Vakuumtechnik“, „Datenverarbeitungs- und Büromaschinen“, „Werkzeugmaschinen und Werkzeuge“, „Textima“ und der volkseigene Betrieb Carl Zeiss Jena. Zwar war man schon stolz auf das bisher Erreichte („Bis jetzt wurden 67 % unserer Grundlagenforschungsthemen den zuständigen VVB zur Übernahme in die Vertragsforschung angeboten.“), beklagte jedoch die zum Teil ungenügende Bereitschaft der Industrie, „ein Risiko bei der Einführung qualitativ neuer Technologien zu tragen“.<sup>186</sup> Dies äußerte sich zum Beispiel in der Weigerung, Großversuchsanlagen

zur Verfügung zu stellen, in der Verzögerung der Herstellung von Pilotanlagen oder allgemein in der fehlenden Abstimmung zwischen der Hochschule und den bilanzverantwortlichen Unternehmen.<sup>187</sup> Neben den bereits genannten Schwerpunkten nannte Jäckel in einem Bericht vom April 1968 noch die Elektronische Datenverarbeitung und kündigte die Vorbereitung der „konsequenten Reduzierung“ der etwa 30 aktuell betriebenen Studien- und Fachrichtungen zugunsten „komplexer profilbestimmender Hauptfachrichtungen“ an.<sup>188</sup> Ein diesbezüglicher Plan ließ nicht lange auf sich warten. Die Gründung der Sektionen sollte bis zum 30. Juni 1968 erfolgt sein, so dass die Fakultäten am darauffolgenden Tag feierlich geschlossen werden konnten.<sup>189</sup> Tatsächlich konnte in dieser Zeitspanne lediglich ein „Programm zur weiteren Durchführung der III. Hochschulreform an der TH Karl-Marx-Stadt“ erstellt werden, das sich zwar konkret zur Sektionsbildung äußerte, aber noch immer keinen Vollzug meldete.

Die Maßnahmen der III. Hochschulreform wurden an der TH Karl-Marx-Stadt zwar nicht grundsätzlich in Frage gestellt, da sie sowieso durchgeführt werden würden gemäß der Losung „Was die Partei beschließt, wird sein“. Eine andere Frage der Sektionsbildung war da schon: „Wer mit wem?“, denn hier wurden den Instituten relativ große Freiheiten gelassen. Ein Beispiel ist die Gründung der Sektion Physik/ Elektronische Bauelemente. Die potentiellen Partner für die Physik unter Prof. Dr. Christian Weißmantel und Prof. Dr. Karl-Heinz Wickleder<sup>190</sup> waren entweder die Chemie unter Prof. Dr. Wolfgang Gottfried Forker oder die Elektronischen Bauelemente unter Paul. Die Chemie wäre auf Grund ihrer Nähe in der Forschung eigentlich der natürlichere Partner gewesen, doch persönliche Differenzen der Institutsdirektoren verhinderten ein Zusammengehen. Dennoch riss der Kontakt zur Chemie nie ab. Zum Teil hat die Physik mit ihr in größerem Umfang zusammengearbeitet als mit den Elektronischen Bauelementen.<sup>191</sup>

Im „Programm zur weiteren Durchführung der III. Hochschulreform an der TH Karl-Marx-Stadt“ vom Juni 1968 versuchte man, neben der Zusammensetzung der Sektionen auch ihre Aufgaben in Lehre und Forschung im Sinne einer Profilvergabe zu definieren: Während die Sektion Marxismus-Leninismus für die Fortentwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus zuständig sein sollte, beschäftigte sich die Sektion

Sozialistische Leitungs- und Organisationswissenschaften mit dem Einsatz von EDV-Anlagen und der Arbeitsgestaltung mechanisierter und automatisierter Prozesse, die Sektion Mathematik unter anderem mit Programmiersprachen für numerisch gesteuerte Werkzeugmaschinen, die Sektion Chemie<sup>192</sup> mit der Chemie und Analytik dünner Schichten, chemischer und elektronischer Metallbearbeitung, physikalischer Chemie und Elektrochemie von Halbleitern, die Sektion Grundlagen des Maschinenbaus mit Maschinendynamik und -messtechnik, der Optimierung von Bauelementen und der Schmierungs-technik, die Sektion Fertigungsprozess und -mittel mit der Wärmebehandlung metallischer Werkstoffe, elektrochemischer Metallverarbeitung und mit Zahnradmessung, und die Sektion Verarbeitungstechnik sollte sich mit der Optimierung der Funktionssicherheit und Lebensdauer von Verarbeitungsmaschinen befassen.<sup>193</sup> Aus der erst 1965 gegründeten Fakultät für Elektrotechnik gingen drei Sektionen hervor, nämlich die Sektionen Physik/ Elektronische Bauelemente für Bauelemente der Schwachstromtechnik (Halbleitertechnik), Informationsverarbeitung für die Rechenelektronik und Automatisierungstechnik für die Leistungs- und Regelungselektronik.<sup>194</sup> Als Sektionsdirektoren fungierten hier in ihren speziellen Gebieten Woschni (Informationsverarbeitung) und Budig (Automatisierungstechnik).<sup>195</sup> Der für die TH Karl-Marx-Stadt profilbestimmende Schwerpunkt Lehrerbildung war durch die Sektion Erziehungswissenschaften/ Fremdsprachen vertreten.

Da der ursprünglich für die Sektionsbildung vorgesehene Termin, der 30. Juni 1968, nicht einzuhalten war, beschloss man Anfang Juli 1968, den Festakt zur Gründung der beschriebenen Sektionen, zur feierlichen Auflösung der Fakultäten und zur Verabschiedung der Dekane auf Anfang September 1968 zu verlegen.<sup>196</sup> Vorher, am 8. Juli 1968, erschien der Stellvertretende Minister für Hoch- und Fachschulwesen Tschersich in Karl-Marx-Stadt, um der Konstituierung des Gesellschaftlichen Rates beizuwohnen.<sup>197</sup> Der Gesellschaftliche Rat setzte sich aus Vertretern der Hochschule, der Industrie und der Stadt beziehungsweise des Bezirks zusammen. Seine Aufgabe war es, die Zusammenarbeit zwischen Hochschule, Industrie und Territorium zu fördern. In

Ergebnis dessen stellte die Stadt zum Beispiel städtischen Wohnraum für Studenten und Mitarbeiter der Hochschule zur Verfügung<sup>198</sup>. Darüber hinaus diente der Gesellschaftliche Rat Vertretern aus der Praxis als Forum, um ihre Vorstellungen zur praxisnahen Gestaltung von Ausbildung und Forschung einzubringen. Schließlich waren sie die „Abnehmer“ sowohl der Absolventen als auch der Forschungsergebnisse. Außerdem sollte durch den Gesellschaftlichen Rat die Bereitschaft der Industrie zur materiellen Unterstützung der Hochschule sowie der praktischen Tätigkeit der Studenten (Praktikumsplätze) gefördert werden.<sup>199</sup>

Der Gesellschaftliche Rat war Teil eines Umbaus der Leitungsstruktur der Hochschulen, der zu einer Synthese aus Einzelleitung und Kollektivberatung führen sollte, die wiederum eine Optimierung der Entscheidungsprozesse zum Ziel hatte. In einem Papier hierzu wurde die Einzelleitung „Liniensystem“ genannt, in dem der Leiter eines Arbeitsbereichs die volle Verantwortung trug. Als Vorteil sah man die klare Abgrenzung und Bestimmung der Verantwortlichkeit. Die Kollektivberatung fungierte als „Stabsystem“. Sie erfolgte durch Gremien, die den Einzelleiter in seiner Leitungstätigkeit berieten, aber kein Weisungsrecht besaßen außer gegenüber ihnen direkt zugeordneten Funktionalorganen. Sie sollten in Form von Arbeitsteilung und Spezialisierung zur Verbesserung der Führung beitragen.<sup>200</sup> „Leiter“ im Sinne des „Liniensystems“ waren hiernach der Rektor und die Direktoren<sup>201</sup> der noch zu gründenden Sektionen. Kollektive Beratungsgremien nach dem „Stabsystem“ sollten der Gesellschaftliche Rat und der noch zu gründende Wissenschaftliche Rat werden. Als „Funktionalorgane“ wurden weisungsgebundene Hilfsorgane der jeweiligen Leiter oder Beratungsgremien bezeichnet. Funktionalorgane des Rektors waren zum Beispiel die bisherigen Prorektoren für Gesellschaftswissenschaften und für Prognose und Wissenschaftsentwicklung. Neu oder neu definiert waren die Direktorate für Ausbildung und Erziehung, für Weiterbildung, für Kaderentwicklung, für Ökonomie und für wissenschaftliche und kulturelle Beziehungen. Zusätzlich zu diesen Ämtern kam der 1. Prorektor als ständiger Vertreter des Rektors. Vorher wurde der Rektor im Bedarfsfall durch einen vom Ministerium für Schwermaschinenbau nach Zustimmung des

Staatssekretariats (seit 1958 nur Staatssekretariat) bestellten Prorektor vertreten. Diese neue Struktur der Funktionalorgane wurde erst 1970 durch eine gesetzliche Verordnung geregelt.<sup>202</sup>

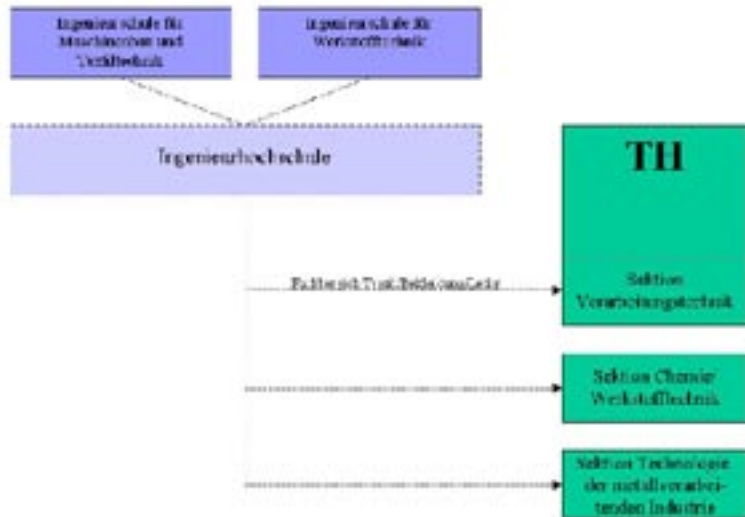
Derart tiefgreifende Veränderungen in der Organisation der Hochschule wurden jedoch nicht ganz widerspruchslos hingenommen. Noch anderthalb Jahre zuvor, auf dem VII. Parteitag der SED 1967, wurden hinsichtlich der bevorstehenden Sektionsgründungen (auszuräumende) Vorbehalte referiert: „Man wird ‚Althergebrachtes‘ und ‚Liebgewordenes‘ überwinden müssen. Aber das geht den Betriebsarbeitern auch so; das ist keine Besonderheit. (Beifall.)“<sup>203</sup> Wie auf dem Parteitag vorhergesehen, gab es auch in Karl-Marx-Stadt Stimmen, die nicht alles hinnehmen wollten. Zeugnis hierfür ist ein Bericht des Rektors für den Minister für Hoch- und Fachschulwesen Gießmann im August 1968. Inhaltlich ging es darum, den bevorstehenden Festakt zur Einführung des kommenden Studienjahres unter den neuen Vorzeichen der III. Hochschulreform vorzubereiten. Der Rektor informierte den Minister über die „oft sehr heftigen Diskussionen um den Inhalt der Sektionsarbeit“, [die] „von den Beteiligten nicht in jedem Falle sofort als sachliche Auseinandersetzung aufgefaßt“ [wurden]; „es dominierten mitunter subjektive Momente“<sup>204</sup>.

Dennoch sollte man den Widerstand an der TH Karl-Marx-Stadt gegen die Maßnahmen der III. Hochschulreform nicht überschätzen. Man verhielt sich abwartend. Wichtiger waren rein praktische Probleme wie zum Beispiel die Beschaffung von notwendiger Ausrüstung für den Auf- und Ausbau der Lehre. Einen Einfluss auf die eher fatalistische Hinnahme staatlicher Vorgaben in Karl-Marx-Stadt könnte auch die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ durch Warschauer-Pakt-Truppen am 20. August 1968 gehabt haben. Da es in der Tschechoslowakei besonders die Jugend, unter ihnen die Studenten, waren, die die Hoffnung auf mehr Offenheit und Toleranz trugen und die CSSR eines der wenigen visafreien Länder für DDR-Bürger war, kam es zwischen DDR-Bürgern und Tschechen auch zu persönlichen Begegnungen, die Sympathie und Hoffnung schuf, obwohl es in Karl-Marx-Stadt nicht zu offenen Sympathiekundgebungen kam. Diese Hoffnungen waren mit der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ abrupt beendet worden.<sup>205</sup>

Am 10. September 1968 wurde an der TH Karl-Marx-Stadt der Festakt durchgeführt, in dessen Verlauf sich der Wissenschaftliche Rat als kollektives Beratungsorgan des Rektors konstituierte und zu den bereits funktionierenden zwei Sektionen die oben beschriebenen acht neuen hinzukamen. Innerhalb der jeweiligen Sektionen wurden Wissenschaftsbereiche gebildet, die eine Art Ersatz oder Kompromiss für den Verlust der Institute darstellten. Die Wissenschaftsbereichsleiter waren trotz der formalen Entscheidungsgewalt des Sektionsdirektors innerhalb gewisser Grenzen immer noch ihr eigener Herr und tauschten ihren Platz im vormaligen Fakultätsrat gegen einen Platz im Rat der Sektion.<sup>206</sup> Der Wissenschaftliche Rat gliederte sich auf in einzelne Fakultäten. An der TH Karl-Marx-Stadt entstanden im September 1968 die Fakultäten für Mathematik

und Naturwissenschaften, für Ingenieurwissenschaften und für Gesellschaftswissenschaften, denen aus der Mitte ihrer Mitglieder gewählte Dekane vorstanden.<sup>207</sup> Gesetzlich fixiert wurden die faktisch schon existierenden Strukturen erst im Februar 1970 mit der „Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter“. Aufgabe des Wissenschaftlichen Rates war demnach, den Rektor „in den Fragen der Entwicklung der an der Hochschule vertretenen bzw. aufzubauenden Wissenschaftsgebiete und über die inhaltlichen Aufgaben der Erziehung, Ausbildung, Weiterbildung und Forschung“ zu beraten. Außerdem hatte er die Möglichkeit, akademische Grade zu verleihen. Anders als der Gesellschaftlichen Rat sollte der Wissenschaftliche Rat nicht nach außen repräsentieren, sondern nach innen wirken. In ihm vertreten waren folglich nur namhafte Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter, Angehörige des wissenschaftlichen Nachwuchses und vom Rektor berufene „Beststudenten“ sowie Vertreter der gesellschaftlichen Organisationen.<sup>208</sup>

Zu den am 10. September 1968 gegründeten Sektionen kamen später zwei weitere hinzu, nämlich die Sektionen Chemie/ Werkstofftechnik und Technologie der metallverarbeitenden Industrie. Das Zustandekommen dieser beiden Sektionen beruhte auf einer besonderen Facette der III. Hochschulreform, der Einrichtung von



Eingliederung der Ingenieurhochschul-Bereiche in die TH 1969

sogenannten Ingenieurhochschulen. Ausgangspunkt war die Feststellung der Führung, dass die DDR für die Steigerung ihrer Wirtschaftskraft erheblich mehr hochqualifiziertes Personal als bisher ausbilden müsse. Auf dem VII. Parteitag 1967 machte Ulbricht dementsprechend folgende Rechnung auf: „Die Zahl der Studierenden an den Hoch- und Fachschulen muß so erhöht werden, daß der Bestand an wissenschaftlichen Kadern in der Volkswirtschaft bis 1980 etwa auf das 2,5fache, bei Naturwissenschaftlern und Ingenieuren auf das 3,5fache gesteigert wird.“<sup>209</sup> Zu diesem Zeitpunkt studierten in der DDR fast 100.000 an den Fachschulen und nahezu 60.000 an den Hochschulen naturwissenschaftliche und ingenieurtechnische Fächer.<sup>210</sup> Bis 1980 sah Ulbricht also eine Gesamtzahl von 560.000 Studenten an den Hoch- und Fachschulen der DDR vor. Wie sollte diese gewaltige Steigerung von 400.000 zusätzlichen Studenten erreicht werden? Ulbricht thematisierte in diesem Zusammenhang die Ingenieurschulen, die er zu „Polytechnischen Instituten mit Hochschulcharakter“ entwickeln wollte.<sup>211</sup> Der spätere Begriff hierfür, „Ingenieurhochschule“ fiel in



den Reden auf dem VII. Parteitag noch nicht. Über ein Jahr später beschloss das Präsidium des Ministerrates Maßnahmen zur Umgestaltung der Ingenieur- und Fachschulen der DDR, wo dann auch das Wort „Ingenieurhochschule“ benutzt wurde. Hier strebte man die schrittweise Entwicklung von Ingenieur- zu Ingenieurhochschulen ab dem 1. September 1968 an. Geplant war die Einrichtung von neun selbständigen Ingenieurhochschulen in Cottbus, Dresden, Köthen, Leipzig, Mittweida, Wismar, Wustrow, Zittau und Zwickau. In vorhandene Hochschulen integriert werden sollte die Hochschulingenieur-Ausbildung neben Karl-Marx-Stadt auch noch in Jena. Jede der neuen Ingenieurhochschulen sollte auf volkswirtschaftliche Schwerpunkte spezialisiert sein. Neben dem für die Ingenieurhochschul-Ausbildung in Karl-Marx-Stadt (Maschinenbau und Werkstofftechnik) waren dies wissenschaftlicher Gerätebau, Elektrotechnik, Automatisierungstechnik, Bauwesen, Schiffstechnik, chemische Technik und Energiewirtschaft.<sup>212</sup>

In Umsetzung dieses Beschlusses formulierte das Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen im Dezember 1968 „Leitgedanken für die Entwicklung der Ingenieurhochschulen im Rahmen der 3. Hochschulreform der DDR“. Man wollte an den Ingenieurhochschulen „produktionsorientierte wissenschaftliche Kader“ ausbilden. Als Voraussetzung für das Studium an einer Ingenieurhochschule war das Abitur und eine abgeschlossene Berufsausbildung vorgesehen. Der Studiengang war geplant als ein dreijähriges Studium an der Ingenieurhochschule und anschließend ein halbes Jahr Betriebspraktikum. Der Abschluss sollte der Hauptprüfung an den Technischen Hochschulen entsprechen und mit dem Titel „Hochschulingenieur“ bezeichnet werden. Den Absolventen der Ingenieurhochschulen sollte ferner die Möglichkeit gegeben werden, nach eineinhalbjähriger Tätigkeit in einem Betrieb und Nutzung der betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten auf „technisch-technologischem Gebiet“ und auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus durch eine Diplomarbeit den akademischen Grad eines Diplomingenieurs zu erwerben. Für die besten Absolventen war auch noch die Möglichkeit eines Forschungsstudiums mit dem Erwerb eines „Dr.-Ing.“ vorgesehen. Die berufliche Überleitung der Lehrkräfte von den bestehenden Ingenieurschulen an die neuen Ingenieurhochschulen

war an einige Bedingungen geknüpft. Sie sollten sich „nachweislich in der Praxis bewährt haben“ und Qualifizierungsprogramme durchlaufen, darunter beispielsweise zeitweilige Delegationen an die Sektionen Technischer Hochschulen oder Universitäten.<sup>213</sup>

In Karl-Marx-Stadt reagierte man auf den Ministerratsbeschluss zur Einrichtung von Ingenieurhochschulen pflichtgemäß mit der Einrichtung von zwei Modellklassen für die Hochschulingenieurausbildung an der Ingenieurschule für Maschinenbau und Textiltechnik (Erfenschlager, Elsasser und Raabe Straße) am 1. September 1968. Leiter dieser Einrichtung war Studiendirektor Horst Gießmann. Am 11. November traf er sich mit Vertretern der TH und man einigte sich darauf, eine gemeinsame Stabsgruppe zur Erarbeitung einer Konzeption für die Hochschulingenieurausbildung in Karl-Marx-Stadt zu bilden.<sup>214</sup> In einer Sitzung dieser Arbeitsgruppe Anfang Januar 1969 wurde der Beschluss des Ministers mitgeteilt, neben dem Bereich Maschinenbau der Ingenieurschule für Maschinenbau und Textiltechnik auch deren Bereich Textiltechnik sowie die Ingenieurschule für Werkstofftechnik (Scheffelstraße) in das Projekt mit einzubeziehen.<sup>215</sup> Dass die zur Realisierung des Projekts notwendige enge Zusammenarbeit nicht so funktionierte wie gewünscht, zeigt eine Beschwerde auf einer Sitzung Ende Januar 1969 im Beisein einer Inspektionsgruppe des Ministeriums, in der man sich über mangelnden Informationsfluss beschwerte und die schnellstmögliche Einbeziehung der Ingenieurschule für Werkstofftechnik forderte.<sup>216</sup>

Beschleunigt wurde die Entwicklung durch einen Beschluss des Staatsrats vom 3. April 1969, in dem dieser die schnellstmögliche Umgestaltung und Entwicklung von Ingenieurschulen zu Ingenieurhochschulen und den vorzeitigen Auf- und Ausbau naturwissenschaftlicher Ausbildungsrichtungen sowie eine Verkürzung der Studienzeit forderte.<sup>217</sup> Daraufhin erarbeitete man in Karl-Marx-Stadt ein „Modell“, das sich mit der „organischen Eingliederung der Ingenieurhochschulbereiche in die TH Karl-Marx-Stadt zur Erhöhung der Effektivität und Rationalisierung des wissenschaftlichen Bildungszentrums Karl-Marx-Stadt“ beschäftigte. Vorgesehen waren die Ingenieurhochschulbereiche (IHS-Bereiche) Werkstofftechnik der metallverarbeitenden Industrie, Produktionsprozesse Textil-Bekleidung-Leder und Produktionsprozesse

der metallverarbeitenden Industrie. Während der IHS-Bereich Produktionsprozesse der metallverarbeitenden Industrie eine eigene IHS-Sektion Technologie der metallverarbeitenden Industrie an der TH bilden sollte, wurden die anderen IHS-Bereiche in bereits vorhandene Institutionen an der TH integriert oder mit ihnen zusammengelegt.<sup>218</sup> Die Eröffnung der neuen Sektionen erfolgte am 15. September 1969.<sup>219</sup>

Als neben der Technologie besonders zu forciierenden Zukunftsbereich sah die Führung der DDR die Elektronische Datenverarbeitung an. In der für die III. Hochschulreform programmatischen Rede Ulbrichts auf dem VII. Parteitag 1967 sah dieser als eines der wesentlichen Merkmale der Entwicklung der Industrie in den nächsten Jahrzehnten die „durchgängige Mechanisierung und Automatisierung komplexer Produktionsprozesse bei verstärktem Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung“.<sup>220</sup> Die Datenverarbeitung an den Hochschulen der DDR begann in den Jahren 1957/58 mit der Vorbereitung der Einrichtung von Rechenzentren an den mathematischen Instituten.<sup>221</sup> Nach Karl-Marx-Stadt kam die Datenverarbeitung 1962/63 mit der Einrichtung einer Rechenstation am Institut für Mathematik.<sup>222</sup> In einem Artikel in den „Hochschul-Nachrichten“, der diese Neuigkeit verkündete, wurde auf die wachsende Bedeutung elektronischer Rechenautomaten sowohl in der Produktion (Steuerung automatischer Taktstraßen), Wissenschaft und Technik (Flugbahnberechnungen, Großwetterforschung) als auch in der Ökonomie (Optimierung der Produktionsplanung und der Verwaltungsarbeit) hingewiesen. Man wollte die Rechenstation nicht ausschließlich für den hochschulinternen Lehrbetrieb nutzen, sondern sie auch den Karl-Marx-Städter Betrieben offen halten. Diesbezügliche Verhandlungen seien angelaufen unter anderen mit dem Institut für Werkzeugmaschinen Karl-Marx-Stadt sowie den VEB Germania und MODUL.<sup>223</sup>

Die Einrichtung einer Rechenstation in Karl-Marx-Stadt, die möglichst rasch zu einem „Rechenzentrum“ ausgebaut werden sollte, basierte auf einer Konzeption des Staatssekretariats von 1962. An personeller Besetzung plante man drei Diplom-Mathematiker, einen Ingenieur, fünf mathematisch-technische Assistenten und als Leiter sah man Gerhard Bäßler vor, bis dahin Assistent am Institut für Mathematik. Als ers-

te „Hardware“ sollten neben dem ZRA1 ein Cellatron SER2 sowie drei elektrische Tischrechenmaschinen zur Verfügung gestellt werden. Neben den im Artikel genannten Betrieben, mit denen die Hochschule bereits in Verhandlungen stand, sollte das zukünftige Rechenzentrum auch dem Institut für Textilmaschinen Karl-Marx-Stadt, dem VEB Werkzeugmaschinen „Fritz Heckert“ und dem VEB Automobilwerke „Sachsenring“ Zwickau zur Verfügung stehen. Das neue Rechenzentrum wollte man zum Leitrechenzentrum für den Maschinenbau entwickeln, in dem Diplomingenieure des Maschinenbaus und Lehrer in maschineller Rechentechnik ausgebildet und Programmierkurse für Ingenieure und Ökonomen aus der Praxis des Maschinenbaus angeboten werden sollten. In der Forschung plante man die Nutzung des Rechenzentrums beispielsweise für die Lösung von Problemen der mathematischen Physik, für Berechnungen im Bereich der Karosseriefestigkeit und für die Bearbeitung von Problemen der Material- und Arbeitskräfteplanung.<sup>224</sup>

In der Realität bestand die Rechenstation der Hochschule im Jahre 1962 nur aus einem im Buchungsmaschinenwerk Sömmerda gefertigten SER2a, einem Röhren-Rechner, bei dem Befehle und Daten noch getrennt gespeichert wurden. Um ihn scharte sich eine Programmier- und Bedienergruppe. Zu jenem Zeitpunkt standen bereits 54 Digitalrechner an 26 deutschen Hochschulen. Unter ihnen waren auch vier auf dem Gebiet der DDR. Sie hatten bereits die Ferritkernrechner des Typs ZRA1, die in Jena entwickelt und ab 1961 in Kleinserie hergestellt worden waren. Die TU Dresden verfügte zusätzlich über die Eigenentwicklungen D1, D2 und D3 und die Humboldt-Universität Berlin besaß als bis dahin einzige Hochschule in der DDR einen sowjetischen Rechner des Typs URAL. 1963 erhielt dann auch die TH Karl-Marx-Stadt einen ZRA1 und kurz darauf den in Glashütte entwickelten Analogrechner endim 2000. Im gleichen Jahr liefen auch Vorlesungen auf der Basis der Programmiersprache ALGOL 60 für den ersten Jahrgang zukünftiger Diplom-Mathematiker an. Bis 1965 übernahm die weiter angewachsene Rechenstation dann zunehmend Dienstleistungsaufgaben für die gesamte Hochschule und wurde als eigenständige Abteilung „Rechenzentrum“ dem Institut für Mathematik angegliedert. Sie übernahm nun auch

selbständige Lehraufgaben wie die Ausbildung mathematisch-technischer Assistenten und die Organisation und Durchführung von Programmierlehrgängen für Teilnehmer aus der gesamten Hochschule sowie Industrie und Wirtschaft. Mit dem Institut für Werkzeugmaschinen, einem seinerzeit renommierten Forschungsinstitut in Karl-Marx-Stadt, wurden auch im Bereich der Forschung erste Kontakte auf dem Gebiet der maschinellen Programmierung numerisch gesteuerter Werkzeugmaschinen geknüpft.

Im Zuge der III. Hochschulreform wurde das Rechenzentrum vorübergehend der Sektion Mathematik zugeordnet, ehe es am 1. September 1969 eine eigene



Arbeiten am Großrechner R 300 des Rechenzentrums in den siebziger Jahren

Sektion Rechentechnik-Datenverarbeitung bildete.<sup>225</sup> Aufgabe der Sektion war die Grundausbildung der Studenten der Sektion Mathematik, des Elektro- und Maschineningenieurwesens und der Ingenieurhochschulbereiche in EDV, Rechentechnik und Programmiersprachen. Gleichfalls sollte die Sektion im Fachstudium Programmiersprachen, Probleme der rechentechnischen Realisierung von Prozessen in Einzelschritten als auch Praktika anbieten und mathematisch-technische Assistenten sowie Facharbeiter für die Datenverarbeitung ausbilden. Was diese Sektion von allen anderen unterschied, war der Umstand, dass sie keine eigenen Studenten immatrikulierte, sondern die Fachausbildung von Studenten anderer Sektionen übernahm.<sup>226</sup> Direktor dieser neuen Sektion war bis zur

„Wende“ Prof. Dr. Klaus Mätzel.<sup>227</sup>

Die III. Hochschulreform stand für einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Verhältnis des Staates zu den Hochschulen. Gab es in der Verfassung der DDR von 1949 noch das Postulat in Artikel 34 „Die Kunst, die Wissenschaft und die Lehre sind frei“, hieß es in der neuen Verfassung von 1968 in Artikel 17: „Die Deutsche Demokratische Republik fördert Wissenschaft, Forschung und Bildung mit dem Ziel, die Gesellschaft und das Leben der Bürger zu schützen und zu bereichern. Dem dient die Vereinigung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus.“ Gab es also in der

Verfassung von 1949 noch das Bemühen, zumindest formaljuristisch an althergebrachte Traditionen anzuknüpfen, passte die neue Verfassung die gesetzlichen Bestimmungen der Realität an, indem sie die Wissenschaft den, weitgehend von der Partei definierten, gesellschaftlichen Bedürfnissen unterstellte. Was darunter zu verstehen war, zeigte sich in einer Verordnung von 1970 „über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter“. Aufgabe der Hochschulen sei

es, „hochqualifizierte Fachkräfte mit sozialistischem Klassenbewußtsein zu erziehen, aus- und weiterzubilden, die [...] in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit Pionier- und Spitzenleistungen [...] vollbringen“. Die Lehre an den Hochschulen wurde also politischen Zielen unterstellt und die Forschung auf größtmöglichen Nutzen für die Belange des Staates ausgerichtet. Damit war ein Bruch mit der traditionellen Autonomie der Hochschulen auch formaljuristisch vollzogen.<sup>228</sup> Neben politischen Motiven wie die Ablösung der alten „bürgerlichen“ Organisationsform der Hochschulen durch eine neue, sozialistische standen jedoch auch wirtschaftliche Zwänge hinter diesen drastischen Maßnahmen. Forschung um ihrer selbst willen war in der DDR ökonomisch nicht durchzuhalten und

die Verzahnung der Hochschule mit industriellen „Praxispartnern“ war Teil der gesuchten Antwort. Zur Bündelung der Kräfte gehörte es außerdem, dass die Studenten in kürzestmöglichen Studienzeiten ihre Ausbildungsziele erreichten. In dieser Situation unerträglich musste sein, dass die fertig ausgebildeten Wissenschaftler oder Ingenieure das Schlupfloch Berlin zur endgültigen Ausreise nutzten. Eine DDR-Quelle nennt in diesem Zusammenhang eine Zahl, die 1961, unmittelbar vor dem Mauerbau, erhoben wurde. In dem Buch „Grundriß der deutschen Geschichte“ wird von einem „Wirtschaftskrieg“ des „Imperialismus“ gegen die DDR berichtet, der 200 Milliarden Mark Verlust verursacht habe, darin 16 Milliarden „für den Ersatz von abgeworbenen Fachkräften“. Die Folgen dieser Entwicklung hätten die Wirtschaft der DDR in verheerendem Maße getroffen. Der Mauerbau sei somit unausweichliche Konsequenz geworden, wollte man die DDR vor dem Kollaps bewahren.<sup>229</sup> Der nach dem Mauerbau einsetzende Stabilisierungsprozess war nach Ansicht der Herrschenden nun nicht mehr durch äußere Einflüsse, sondern durch einen Mangel an akademischen Arbeitskräften behindert. So stellte Ulbricht im Jahre 1963 fest, dass zu dieser Zeit beispielsweise im Bereich Bauelemente und Vakuumtechnik nur 6,5 Hoch- und Fachschulkader auf 100 Beschäftigte kamen.<sup>230</sup> Folglich setzten sich die nachfolgenden Maßnahmen, insbesondere die der III. Hochschulreform, die Ausbildung einer größtmöglichen Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte durch die Hochschulen zum Ziel.

Auffallend bei der Durchführung der III. Hochschulreform an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt war, dass Fakten vor offiziellen Regelungen geschaffen wurden. Ein Beispiel hierfür ist das neue Statut der Hochschule, das erst 1974 gültig wurde, sei es, dass man sich schwer tat, die neuen Umstände schriftlich zu fixieren, sei es dass man keinen dringenden schriftlichen Regelungsbedarf sah, obwohl die Verordnung des Ministerrates vom Februar 1970 die Hochschulen dazu unmissverständlich verpflichtet hatte. Das Statut von 1974 hielt im Wesentlichen nur die Fakten fest, die schon in den Jahren seit 1967 geschaffen worden waren. Es äußerte sich zu den jeweiligen Leitungsebenen, den Funktionalorganen des Rektors und den Sektionen. Unter der Überschrift „Recht zur Verleihung akademi-

scher Grade“ finden sich nur Diplom- und Dokortitel. Nicht erwähnt wurde die seit dem Hinzukommen der Ingenieurhochschulbereiche eingeführte Berufsbezeichnung „Hochschulingenieur“. Mögliche Erklärungen hierfür könnten sein, dass dieser neue Titel nicht als akademisch angesehen wurde oder dass die Idee der Ingenieurhochschulen in Karl-Marx-Stadt zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Statuts schon so im Niedergang begriffen war, dass man es nicht mehr für nötig hielt, diesen Titel weiter zu erwähnen.

Die in den „Prinzipien“ des Staatssekretariats für Hoch- und Fachschulwesen vom Dezember 1965 formulierte Neugestaltung der Ausbildung fand in dem Statut ebenfalls keine Erwähnung. Während vor der III. Hochschulreform die Einteilung des Studiums weitgehend den Universitäten und Hochschulen überlassen blieb, wurde in einer Anordnung des Ministerrates vom September 1970 die in den „Prinzipien“ zur Diskussion gestellte Regelung des Studienablaufs gesetzlich fixiert, allerdings ohne die Trennung von Grund- und Fachstudium durch eine einheitliche Vorprüfung aufrecht zu erhalten. Abgeschlossen wurde das Studium mit der Hauptprüfung, die die Zugangsberechtigung zum Diplom- oder Doktorstudium darstellte.<sup>231</sup>